

Materialsammlung

zum bundesweiten
Zivilklausel-Arbeitstreffen
am 25./26. Februar 2017
an der Hochschule Bremen

(in der Zugangsreihenfolge der Berichte)



	Seiten
Editorial	2-4
Erstankündigung	5
Tagesordnung	6-7
Ergebnisse	8-9
Rechtsgutachten	10
Bericht Karlsruhe	11-12
Bericht Bremen Hartmut Drewes	13-21
Bericht Berlin	22-26
Bericht Leipzig	27-28
Bericht Bremen Ralf E. Streibl	29-30
Bericht Hamburg (Uni)	31
Bericht Köln	32-35
Bericht Lüneburg	36-37
Bericht Hamburg (HAW)	38

Editorial

Wolfram Elsner¹ und Dietrich Schulze²

Das bundesweite Zivilklausel-Arbeitstreffen am 25./26. Februar 2017 an der Hochschule Bremen war ein erfreuliches Ereignis in der bisherigen Zivilklausel-Bewegung. 25 Teilnehmer*innen haben aus mehr als 12 Hochschulen berichtet. Die Berichte aus der politischen Praxis des Eintretens von Studierenden und Wissenschaftler*innen für friedliche Konfliktlösung, Humanität und daher für nicht-militärische Forschung waren ausgesprochen informativ, reflektiert und ermutigend. Aus diesem Grunde hat der Workshop beschlossen, die vorliegende Materialsammlung zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

An dieser Stelle seien nur einige Gedanken zur Entstehung des Treffens und zu einigen Schlussfolgerungen und Handlungsorientierungen genannt.

Kooperationsvertrag der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr

Das zentral von oben (Bundeswehr, Bundesregierung) geplante *Militarisierungskonzept für wissenschaftliche Forschung und Ausbildung* wurde vor einem Jahr für einen bereits vorher bestehenden *Informatik-Studiengang für Frauen* (!) vom Hochschul-Rektorat übernommen, mit politischer Absicherung durch das Bremer Wissenschaftsministerium, den Bremer politischen Senat (Landesregierung) und den neoliberalen Parteienblock in der Bremischen Bürgerschaft (Landesparlament; SPD, Grüne, CDU, FDP). Inhaltlich geht es dabei um die Absicherung der *IT-Dimension künftiger Kriege*, die die Bundeswehr vor wenigen Wochen offiziell eröffnet hat (der sog. *Cyberwar*).

Das allmähliche Durchsickern in die Öffentlichkeit des mehr oder weniger *geheim gehaltenen Vertrages der Rektorin mit der Bundeswehr* löste Proteste besorgter Wissenschaftler, Studierender und anderer nach friedlicher Konfliktlösung strebender und human denkender Menschen (u.a. Pfarrer) aus – nicht zuletzt wegen des offensichtlichen *Verstoßes gegen die sog. Zivilklausel im Bremer Hochschulgesetz*, die die Bremer Universität und Hochschulen zu *nicht-militärischer Forschung und Ausbildung verpflichtet*. Eine entsprechende *öffentliche Deklaration zur Sicherung durch Weiterentwicklung der Zivilklausel* wurde entworfen und in Umlauf gebracht, und es wurde um Unterschriften geworben (siehe unten).

Die Rektorin und ihr Rektorat verharrten in Ignoranz, wurden dabei allerdings gedeckt durch eine faktisch irrelevante (und falsche) *Rechtsmeinung aus der Wissenschaftsbehörde*, wonach der Vertrag mit der Bundeswehr der Zivilklausel angeblich nicht widerspräche. Der Mehrheitsblock der Bürgerschaftsparteien versammelte sich natürlich sofort hinter dieser „Rechtsmeinung“ und stellte die Bundeswehr als „*Friedensmacht*“ dar, die natürlich nur heilt und hilft, aber niemals ungerufen kommt und zerstört – das alte Märchen einer Armee von Engeln, Sozialarbeitern, Pflägern, Physio- und Psychotherapeuten und „Brunnenbauern“ ...

Ein mutiger persönlicher Ausstieg

Dr. Ralf Streibl vom Fachbereich Informatik der Universität Bremen, Mitglied des *Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung* e.V. (FlfF), nebenamtlich Lehrbeauftragter für Informatik an der Hochschule Bremen und insoweit notgedrungen frühzeitig informiert, setzte bereits im Mai 2016 ein Zeichen des Protestes, indem er in einem *Offenen Brief*

¹ Professor für Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen.

² Sprecher Ini gegen Militärforschung an Universitäten, Beiratsmitglied NatWiss

an die Rektorin die Beendigung seiner Lehrtätigkeit an der Hochschule unter den Umständen der Kooperation mit der Bundeswehr erklärte – vorbildliche Konsequenz eines Friedenswissenschaftlers (siehe auch seinen Beitrag in der vorliegenden Dokumentation).

Unterschriftensammlung für einen Aufruf

Im August 2016 wurde auf Initiative von Pfarrer i.R. Dr. Hartmut Drewes vom Bremer Friedensforum, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Prof. Dr. Wolfram Elsner (beide Universität Bremen) und Dr. Dietrich Schulze (Karlsruhe) ein *Aufruf „Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzepte entwickeln!“* (<http://www.asta-hsb.de/petition/>) veröffentlicht. Kern war der Gedanke, nicht nur weitere Zivilklausel-Verstöße zu verhindern, sondern die *Zivilklausel abzusichern durch Weiterentwicklung*, d.h. durch konkrete Friedenskonzepte in jeder Bremer Hochschule für die Bereiche Forschung, Lehre und Studium gegen künftigen Bruch und Missbrauch zu sichern.

Überraschend viele Angehörige der Bremer wissenschaftlichen Hochschulen, inkl. der Hochschule Bremen, sowie überraschend viele ProfessorInnen haben den Aufruf unterzeichnet (siehe den Bericht von Hartmut Drewes in dieser Dokumentation). Es fehlt allerdings noch der geeignete Anstoß für den Beginn einer Umsetzung innerhalb der Gremien der Hochschulen.

Der Aufruf bewirkte immerhin eine *öffentliche Diskussion im lokalen Radioprogramm* von Radio Bremen, in der die Hochschulrektorin und der Staatsrat (Staatssekretär) der Wissenschaftsbehörde (erwartungsgemäß) eigentümlich wortkarg und defensiv aussahen (siehe den Bericht von Ralf Streibl in dieser Dokumentation). Allerdings weiss man, dass solcherlei Verhalten öffentlicher Entscheidungsträger System haben: öffentliche Debatten aussitzen, Öffentlichkeit nicht in die Zirkel der Macht kommen zu lassen – das Prinzip heutiger autoritärer „Vertreter-Demokraten“.

Impuls für ein Bremer Zivilklausel-Treffen

Unabhängig von den genannten Aktivitäten wurde von der *Naturwissenschaftler-Initiative* (NatWiss) in Berlin (<http://natwiss.de/>) am Tag nach der Friedensdemonstration am 8. Oktober 2016 ein Zivilklausel-Meeting angeboten. Es kam trotz eines bundesweiten Aufrufs allerdings nur eine kleine Gruppe zusammen – aber dennoch ein effektives Arbeitstreffen. Es wurde über die laufende Bremer Unterschriften-Kampagne zum o.g. Aufruf berichtet. Ebenso über ein geplantes Rechtsgutachten zum Bremer Zivilklausel-Verstoß. Man sah den Bremer Widerstand gegen die Bundeswehr-Offensive an der Bremer Hochschule als Fall von bundesweiter Bedeutung. Daraus ergab sich die Idee eines bundesweiten Zivilklausel-Arbeitstreffens in Bremen (<http://www.asta-hsb.de/bzkt/>). Reiner Braun von NatWiss informierte darüber, dass NatWiss bereit sei, den einschlägig erfahrenen Kasseler Rechtsanwalt Dr. Hoppe für ein Rechtsgutachten zu beauftragen.

Pressegespräch zum Rechtsgutachten Hoppe

Am 7. November 2016 konnte in den Räumlichkeiten der Hochschule in Zusammenarbeit mit dem AStA der Hochschule das von NatWiss in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Dr. Hoppe persönlich öffentlich vorgestellt werden. Er war zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bundeswehr-finanzierte Studiengang einen Verstoß sowohl gegen die gesetzliche Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz als auch gegen die per Beschluss des akademischen Senats der Hochschule etablierte Zivilklausel der Hochschule darstellt, da es in allen bremischen Texten (Gesetz, Zivilklauseln der Universität und der Hochschulen) nicht um die Definition von *Frieden*, also friedliche vs. nicht-friedliche Forschung und Lehre, sondern, viel operationaler, eben um die

Frage *militärischer* vs. *nicht-militärischer* Forschung und Lehre geht (http://natwiss.de/wp-content/uploads/2017/02/Gutachten_Hoppe_zu_HBS.pdf). Eine klare *fachliche Rechtsposition* gegen die politisch motivierte Behördenmeinung – die natürlich das lokale politische Machtzentrum in keiner Weise beeinflussen konnte. Aber es war eine weitere Motivation in Vorbereitung des Zivilklausel-Arbeitstreffens an der Hochschule.

Berichterstattung

Neben den nachfolgenden Berichten in dieser Dokumentation empfehlen wir die Lektüre der Meldungen auf der Webseite des AStA der Hochschule (<http://www.asta-hsb.de>), in der Webseite des Bremer Friedensforums (<http://www.bremerfriedensforum.de/>), in der Web-Dokumentation (<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>) der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ ebenso wie Pressemeldungen etwa des bremischen Weser-Kurier.

Wie weiter?

Mit dieser Dokumentation ist die Arbeit natürlich nicht beendet. Dem beharrlichen Aussitzen durch Rektorat und Behörden müsste ein beharrlicher Widerstand entgegengesetzt werden. Es tobt ein „Krieg (der Bundeswehr, der Blockparteien und der Staats- und Regierungsmächte) um die Kopfe“. Hier könnte ein Friedenssignal gesetzt werden: „Frieden in die Kopfe“ der Studierenden und Lehrenden. Wenn sich die Bundeswehr an der Hochschule Bremen durchsetzt, könnten alle anderen Zivilklauseln unter Bezug auf diesen Präzedenzfall mit ähnlichen Methoden außer Kraft gesetzt werden.

Zwei aktuelle Petitionen

Das *Netzwerk Friedenskooperative* (<https://www.friedenskooperative.de/>) lädt ein, die Petition „NEIN zum Bundeswehreininsatz in Syrien - JA zu zivilen Lösungen!“ zu unterzeichnen und zu verbreiten. Claus Scherer vom *Münchener Friedensbündnis* hat außerdem mit WeAct eine Petition an alle Bundestagsabgeordneten und an die Bundesregierung gestartet „Beenden Sie die Stationierung der Atomwaffen in Deutschland“ (<https://weact.campact.de/petitions/beenden-sie-die-stationierung-der-atomwaffen-in-deutschland>) Ebenfalls mit der Bitte um Unterzeichnung und Verbreitung.

Handeln wir in den Hochschulen, in ihren Gremien, unter ihren Lehrenden und Studierenden, in Asten, Fachbereichsräten, Senaten etc. Handeln wir für gerechtere Verhältnisse, für wirksame Zivilklauseln und für nachhaltige Friedenskonzepte. Dann hat sich die Lektüre dieser Dokumentation gelohnt.

Bremen, Karlsruhe, Ende April 2017

Erstankündigung: Bundesweites Zivilklausel-Arbeitstreffen

am 25. Februar 2017 um 12.00 Uhr
bis 26. Februar 2017 um 13.30 Uhr
an der Hochschule Bremen



Bremen, 17.01.2017

Liebe FriedensfreundInnen und Zivilklausel-Aktive und Interessierte,

wir dürfen Euch herzlich bitten, den obenstehenden Termin für eine Teilnahme vorzumerken und in Eure Planungen miteinzubeziehen.

Gemeinsam neue Kräfte schöpfen

Der Kern des Treffens sind Berichte aus den Hochschulen mit und ohne Zivilklausel. Die Berichte sollen die reale, an vielen Stellen problematische Lage wiedergeben, um daraus mit neuen Perspektiven gemeinsam neue Kräfte zu schöpfen.

Es ist Euch sicher nicht entgangen, dass genau an unserer Hochschule, die seit 2012 eine Zivilklausel hat, im Mai 2016 ein Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr für den Dualen Frauenstudiengang Informatik abgeschlossen wurde.

Ermutigende Auseinandersetzung um Zivilklausel-Verstoß

Wir sind sehr angetan von den vielfältigen Initiativen zum Schutz gegen den Verstoß gegen unsere Zivilklausel. Das Rektorat und das Wissenschaftsministerium beharren auf dem Verstoß, der auch einen Gesetzes-Verstoß gegen die Zivilklausel des Landes Bremen darstellt. Das wurde in einem am 7. November 2016 bekannt gemachten Rechtsgutachten nachgewiesen. Bis heute gab es darauf keine Reaktion. Die Betroffenen scheinen zu versuchen, den Verstoß auszusitzen.

Bundeswehr-Offensive gegen alle Zivilklauseln

In einem kleinen Zivilklauseltreffen am 9. Oktober 2016 in Berlin wurde analysiert, dass das Vorgehen der Bundeswehr in Bremen mit Unterstützung von Oben die Qualität eines Präzedenzfalls für die gesamte Zivilklausel-Bewegung hat. Wenn sich die Bundeswehr an der Hochschule Bremen durchsetzt, könnten alle anderen Zivilklauseln mit ähnlichen Methoden außer Kraft gesetzt werden. Deswegen wird dieses erneute Zivilklausel-Arbeitstreffen gerade an unserer Hochschule als von größter Bedeutung eingeschätzt. Deswegen ist die zahlreiche Teilnahme aus allen Teilen der Republik sehr wichtig. Mehr zur Vorgeschichte auf der AStA-Webseite, beim Bremer Friedensforum und in der [WebDoku](#). Eine aktuelle Zusammenfassung bei der [Neuen Rheinischen Zeitung](#). Weitere Artikel zum Thema sind auf der [Website der Fachschaften](#) gesammelt worden.

Organisatorisches

Dies ist eine Erstankündigung. Die komplette Tagesordnung wird Ende Januar verfügbar sein. Für Übernachtung kann gesorgt werden. Die Informationen über den Hörsaal in der Hochschule und die Anreise werden dabei sein.

Wenn ihr Euch jetzt schon für eine Teilnahme entscheiden könnt, bitte formlos mit Name, Gruppe, Hochschule per Email an asta-vorstand@hs-bremen.de anmelden. Dort, oder unter der Telefonnummer 015201909295, können Fragen zum Treffen beantwortet werden.

Mit herzlichem Dank vorab verbleiben

der Zivilklausel Arbeitskreis und
der AStA der Hochschule Bremen

EINLADUNG ZUM BUNDESWEITEN ZIVILKLAUSEL-ARBEITSTREFFEN 25./26. FEBRUAR 2017 BREMEN



Bremen, 1. Februar 2017

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

in der [Erstankündigung](#) am 17. Januar haben wir die Beweggründe für das Treffen veröffentlicht. Hier kurz das Wichtigste.

Der Kern sind Berichte aus den Hochschulen mit und ohne Zivilklausel. Die Berichte sollen die reale, an vielen Stellen problematische Lage wiedergeben, um daraus mit neuen Perspektiven gemeinsam neue Kräfte zu schöpfen.

An der Hochschule Bremen, die seit 2012 eine Zivilklausel hat, wurde im Mai 2016 ein Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr für den Dualen Frauenstudiengang Informatik abgeschlossen.

Die vielfältigen Initiativen zum Schutz gegen diesen Zivilklausel-Verstoß sind bundesweit ermutigend und waren das Motiv dafür, dieses Treffen zu organisieren. Am Samstagnachmittag wird darüber von Experten ausführlich berichtet.

Die nicht abgeschlossene Auseinandersetzung im Bremen ist ein Präzedenzfall für die gesamte Zivilklausel-Bewegung. Wenn sich die Bundeswehr hier durchsetzt, könnten alle anderen Zivilklauseln mit ähnlichen Methoden außer Kraft gesetzt werden. Deswegen ist dieses Zivilklausel-Arbeitstreffen von größter Bedeutung für alle und eine zahlreiche Teilnahme ein wichtiger Impuls für das Anliegen des Bremer Aufrufs „Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzept entwickeln!“

Selbstverständlich kann die Weltkriegsgefahr mit drastischer Aufrüstung und Kriegsgeschrei nicht unbehandelt bleiben. An den Hochschulen wird der „Krieg um die Kopfe“ verschärft fortgeführt. Das soll unter Punkt „Gesellschaftliche Lage“ mit Euren Gedanken versucht werden zu beleuchten

Wir laden Euch als Vorbereitungsteam ein für

25. und 26. Februar 2017

zum bundesweiten Zivilklausel-Arbeitstreffen

an die **Hochschule Bremen** (Neustadtswall 30, M-Gebäude, Raum 26a)

Mit herzlichen Grüßen

Timm von Bodecker (AStA Hochschule Bremen), Swetlana Paul (Zivilklausel jetzt. Universität Leipzig), Senta Pineau (AK Zivilklausel Uni Köln), Eric Recke (AK Friedenswissenschaft HAW Hamburg), Dietrich Schulze (Zivilklausel-Ini).

Unser **Tagesordnungsvorschlag** lautet wie folgt:

Samstag, 25. Februar

12.00 Uhr Ankunft

12.30 Uhr Begrüßung AStA und Programmablauf

12.45 Uhr Berichte aus Hochschulgruppen

15.00 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr Bremen: Hartmut Drewes (Bremer Friedensforum) über den Aufruf "Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzept entwickeln!" und Ralf E. Streibl (GEW, FlFF) über seinen Vorlesungs-Ausstieg an der Hochschule Bremen. Diskussion.

16.30 Uhr Gesellschaftliche Lage: Aufrüstung incl. EU-Nuklear, BMWi-Strategiebericht, Bildungsinvestitionen, Friedenskonzept Rüstungskonversion, Diskussion unter Moderation von Wolfram Elsner (Prof. Wirtschaftswissenschaften Uni Bremen, früherer Rüstungskonversionsbeauftragter des Landes Bremen)

18.30 Uhr Abendessen

20.00 Uhr Film: Doku "The voice of peace" über den Friedensaktivisten Abie Nathan. (siehe unten)

Sonntag, 26. Februar

9.30 Uhr Fortsetzung Berichte aus Hochschulgruppen (wenn erforderlich) und gemeinsame Auswertung der Berichte.

11.00 Uhr Wie weiter mit der Zivilklausel-Bewegung? Diskussion gemeinsamer Vorhaben wie Friedensgeschichtsarbeit, Konversionskonzepte aus den Hochschulen und Hochschulfinanzierung.

12.30 Uhr Abschlusserklärung: Eckpunkte und Umsetzungsauftrag an Gruppe

13.30 Uhr Ende

Anmeldung:

Um einen Überblick über die Teilnehmenden zu bekommen, bitten wir Euch um formlose Anmeldung mit Name, Gruppe, Hochschule per E-Mail an asta-vorstand@hs-bremen.de sobald es Euch möglich ist. Und bitte teilt mit, ob ein Bericht über die Zivilklausel-Lage vor Ort gehalten werden soll. Für Fragen aller Art wendet Euch bitte an den AStA unter der Telefonnummer 0152 01909295.

Anreise:

Mit der Bahn von "Bremen Hbf" mit den Trams 1 oder 8 und den Buslinien 26 oder 27 zur Haltestelle "Hochschule Bremen". Mit dem Auto von der A281 auf die B6 "Neuenlander Straße". Dann links auf die "Langemarckstraße" bis "Neustadtswall".

Kontakt für Schlafplätze und Fahrtkostenübernahme:

Per E-Mail an asta-vorstand@hs-bremen.de mit dem Betreff "bzkt".

Filmankündigung:

"Der Dokumentarfilm „The Voice of Peace“ von Eric Friedler ist ein politisch bewegendes Portrait des israelischen Friedensaktivisten Abie Nathan, der ab 1973 zwanzig Jahre lang auf einem Schiff den Piratensender „Voice of Peace“ betrieb. Von „irgendwo im Mittelmeer“, über Länder- und Glaubensgrenzen hinweg, ließ er lebensbefürwortende Musik und politische Friedensbotschaften in den Nahen Osten ausstrahlen und erreichte dabei Millionen von Menschen aus Ägypten, den palästinensischen Gebieten, Jordanien, Syrien und Israel. Mit bemerkenswerter Direktheit und Offenherzigkeit setzte der politische Aktivist und Menschenfreund maßgeblich den Aussöhnungsprozess zwischen der arabischen Welt und Israel in Gang. Allen stellt diese Geschichte die Frage: Wie wollen wir leben, wir wollen wir handeln?

Ergebnisse des Zivilklausel-Arbeitstreffens in Bremen

Am 25. Februar 2017 versammelten sich ca. 25 TeilnehmerInnen aus Hochschule Bremen, Uni Bremen, Uni Hamburg, HAW Hamburg, Uni Oldenburg, Uni Lüneburg, Uni Köln, Uni Leipzig, HU Berlin, KIT Karlsruhe sowie VertreterInnen aus Desy Hamburg, von GEW und VVN-BdA und aus dem Büro von MdB Nicole Gohlke in Berlin mit einer Vielzahl an hochinteressanten Berichten.

Ich möchte mich auf die Ergebnisse konzentrieren, die am Ende des Treffens Sonntagmittag gemeinsam festgelegt wurden:

1. Materialsammlung Berichte

Alle Berichte werden vom AStA HSB gesammelt, als pdf zusammen gefasst und ins AStA-Netz gestellt. Dead line für die Berichte ist Freitag 31. März 2017. Die Autoren werden gebeten, wegen der Lesbarkeit für Dritte knapp und griffig zu formulieren.

2. Treffen im Sommer

Die einladende Atmosphäre und die spannenden Erfahrungsberichte führten zu dem gemeinsamen Wunsch zu einem weiteren Treffen in Kassel im Sommer zusammen zu kommen. Senta wird sich mit Julian ins Benehmen setzen, um einen passenden Termin für die örtlichen Einlader und die bundesweiten Randbedingungen zu finden.

3. Information verbessern

Es wurde allgemein bedauert, dass viel zu wenig Berichte über Fortschritte und Probleme der Zivilklausel-Bewegung veröffentlicht werden. An das einfachste Mittel wurde erinnert, Emails an die Zivilklausel-Info-Liste zivilklausel_info@ufo.tu-bs.de zu richten. Bitte dort als Nutzer eintragen.

4. Mut machende Filmvorführung

Am Samstagabend gab es ein wirklich bewegendes Ereignis, den Dokumentarfilm „The Voice of Peace“ über den israelischen Friedensaktivisten Abie Nathan, einem Piratensender „Voice of Peace“ von einem Schiff „irgendwo im Mittelmeer“, über Länder- und Glaubensgrenzen hinweg, mit lebensbefürwortender Musik und politische Friedensbotschaften für einen Aussöhnungsprozess zwischen der arabischen Welt und Israel. Dem AK Zivilklausel der Uni Köln gilt ein großer Dank für diesen genialen Kulturbeitrag. Der beste Beweis für die Betroffenheit der Filmgäste war eine ausgiebige und intensive Diskussion über die vielfältigsten Aspekte eines solchen Vorbilds: „Wie wollen wir leben, wir wollen wir handeln?“ Aktueller Nachtrag: Das Gegenteil von Aussöhnung läuft: Israel will eine Nahost-NATO gegen Iran aufbauen („Die Welt“ 28.02.17).

5. Dank an Veranstalter

Bei allen Pflichten der Studierenden ist ein besonders herzlicher Dank an den AStA der Hochschule Bremen zu richten mit seinem Vorsitzenden Timm von Bodecker. Das war kein Pappentiel, die unterschiedlichsten Orga-Aufgaben vom Mittagessen bis zur Powerpoint-Beamer-Präsentation. Und die Arbeiten sich noch nicht beendet, wie das in Ziff. 1 festgelegt wurde.

6. Weg mit Bundeswehr-Kooperation

Aus allen Betrachtungen ging die Solidarität mit dem AStA und den Unterstützern hervor, die Forderung "Hochschul-Zivilklausel absichern" solange auf der Tagesordnung zu halten und öffentlich zu verbreiten, bis die Bundeswehr-Kooperation beendet ist. Klar war dabei, dass das Rechtsgutachten dabei weiter eine wichtige Rolle spielt. Klar war auch, dass eine darauf gestützte Klage juristisch nicht möglich ist. Der politische Weg muss überzeugend fortgesetzt werden. Insofern war die Vertretung aus dem Büro von MdB Nicole Gohlke von großer Bedeutung.

7. Konkretisierung Friedenskonzepte

In der allerletzten Schlussdiskussion gab es eine Kontroverse über die Forderung im Aufruf [Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzept entwickeln!](#) betreffend die Weiterent-

wicklung der Zivilklausel durch beispielhaft benannte Ideen für friedenspolitische Forschungs-, Lehr- und Studienkonzepte. Das war für die Hochschule Bremen gedacht, aber auch für alle anderen Hochschulen von Interesse.

Solche Forderungen und Arbeitsaufträge seien generell abzulehnen, sagten mehrere TeilnehmerInnen. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Friedensorientierung kooperativ und "von unten" zu erarbeiten ist, statt durch Arbeitsaufträge „von außen“. Dass es sich um vernünftige Anregungen von Gleichgesinnten handelt und nicht um „Arbeitsaufträge“, wurde von der Mehrheit nicht akzeptiert.

Meine Wenigkeit konnte sich damit nicht durchsetzen. Der simple Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zum Anliegen, in einem ersten Schritt bis Mitte 2017 einen Entwurf für die Hochschule Bremen zu erstellen, fand keine wesentliche Zustimmung. Auch der Vorschlag, die Bremer Anregung bundesweit als Beispiel zu verbreiten ebenso wenig.

In meiner Verzweiflung über diese demonstrative Arbeitsunwilligkeit und Abschiebung auf Zivilklausel-Gruppen wo auch immer, habe ich mich zu einer Selbstverpflichtung durchgerungen. Nämlich aus dem letzten großen Zivilklausel-Arbeitstreffen am 24./25. Januar 2015 in Berlin etwas zu ermitteln, das mit dem letztgenannten von mir zur Umsetzung angeregten und abgelehnten Friedenskonzept-Beispiel **"Vergabe und Auszeichnung von friedensrelevanten Seminar-, Abschluss- und Promotionsarbeiten"** zu tun hat.

Hier ist es aus dem Bericht über den Workshop: **»Wie die Zivilklausel gegen Verstöße verteidigen?«** Darin findet sich das Zitat:

"Zudem gab es die Erwägung eines Zertifizierungsverfahren, sowohl positiv als auch negativ: Forschungsprojekte, die in besonderer Weise zu Krieg oder zu Frieden beitragen, sollten entsprechend ausgezeichnet werden."

Das hat Ähnlichkeit mit dem genannten Bremer Beispiel. Es stammt wohl aus Überlegungen an der TU Darmstadt. Seit gut zwei Jahren hat man dazu allerdings nichts mehr gehört. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es dennoch Interessantes dazu geben könnte.

Die benannte Dokumentation hat 4.5 MB und ist bisher nirgendwo im Netz zu finden.

„So, wie es ist, bleibt es nicht.“ sagt Bertolt Brecht in seinem [Lob der Dialektik](#).

7. VVN-BdA zum HSB-Friedenskonzept

Im Verlaufe obiger Kontroverse übernahm der Vertreter der VVN-BdA den Job, mit den Initiatoren des Aufrufs an die Bremer Hochschulmitglieder, die den Aufruf unterzeichnet haben, mit diesem Anliegen heranzutreten. Wir halten uns besser als bisher auf dem Laufenden. Vielleicht ergibt sich doch noch etwas.

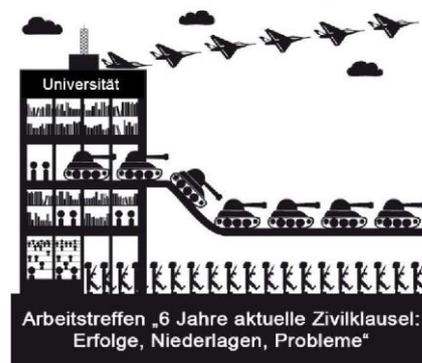
8. Schlussbemerkung

Trotz einer Reihe von ungünstigen Umständen, wie z.B. der geografischen Randlage Bremens, war das Treffen ein beachtlicher Erfolg für die Zivilklausel-Bewegung.

Das Kritische bleibt erwähnenswert. Vom vorletzten TOP "Wie weiter mit der Zivilklausel-Bewegung? Diskussion gemeinsamer Vorhaben wie Friedensgeschichtsarbeit, Konversionskonzepte aus den Hochschulen und Hochschulfinanzierung." wurde nur das erste Thema behandelt und wie dargelegt abgewimmelt. Der letzte TOP "Abschlussklärung: Eckpunkte und Umsetzungsauftrag an Gruppe" wurde gar nicht behandelt. Das wäre ja ein unzulässiger „Arbeitsauftrag“ gewesen. Die Forderung nach Vollfinanzierung der Hochschulen als Voraussetzung für das Soziale und als Voraussetzung für die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium muss ganz vorn auf der politischen Tagesordnung bleiben.



Dokumentation



24./25. Januar 2015 in Berlin

Rechtsgutachten von Rechtsanwalt Dr. Bernd Hoppe 07.11.16

zur Vereinbarkeit der Kooperation zwischen der Hochschule Bremen und dem Bundesamt für das Personalwesen der Bundeswehr mit den Zivilklauseln des Bremischen Hochschulgesetzes und der Hochschule Bremen, erstattet im Auftrag der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

+++++

Zusammenfassung:

Die beabsichtigte Kooperation zwischen der Hochschule Bremen und dem Bundesamt für das Personalwesen der Bundeswehr verstößt gegen die Zivilklauseln des Bremischen Hochschulgesetzes und der Hochschule Bremen.

Das Bremische Hochschulgesetz legt fest, dass die Hochschulen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen dürfen. Die Hochschule Bremen fordert in ihrer Zivilklausel, dass Studium, Lehre und Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Außerdem wird die Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung abgelehnt. Die Bundeswehr dient militärischen Zwecken. Eine Kooperation der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr ist deshalb durch die bestehenden Zivilklauseln ausgeschlossen.

Die rechtliche Einschätzung des Senators für Justiz und Verfassung vom 4. Mai 2016 geht rechtsfehlerhaft von einer Vereinbarkeit der beabsichtigten Kooperation mit den Zivilklauseln aus. Dabei wird zunächst übersehen, dass die Zivilklauseln nicht lediglich das Verfolgen von friedlichen Zwecken, sondern von ausschließlich friedlichen Zwecken in Studium, Lehre und Forschung fordern. Die Bundeswehr verfolgt nicht ausschließlich friedliche Zwecke, auch nicht nach Auffassung des Senators für Justiz und Verfassung.

Zudem wird der Begriff "friedlich" in den Zivilklauseln mit dem Begriff "friedlich" in Art. 24 Abs. 2 und 26 Abs. 1 GG in nicht zulässiger Weise gleichgesetzt. Begründet wird dies damit, dass die Gesetzesbegründung zur Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz ausdrücklich auf das verfassungsrechtliche Leitbild des Friedens rekurriert. Damit wird die dieser Gesetzesbegründung zugrunde liegende verfassungsrechtliche Diskussion völlig verkannt.

Die Wissenschaftsfreiheit ist im Grundgesetz vorbehaltlos gewährleistet. Eine Zivilklausel stellt einen Eingriff in dieses vorbehaltlos gewährleistete Grundrecht dar. Ein solcher Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn er einem Rechtsgut dient, das seinerseits durch die Verfassung geschützt wird.

Dieses Rechtsgut ist das verfassungsrechtliche Leitbild des Friedens. Allein weil das Grundgesetz ein solches Leitbild enthält, sind Zivilklauseln verfassungsrechtlich zulässig.

+++++

Im obigen link findet sich das Original des Rechtsgutachtens unter <http://dr-bernd-hoppe.de/wp-content/uploads/2016/11/Gutachten-Zivilklausel-Bremen.pdf> mit zitiertem Textanhang zur rechtlichen Einschätzung des Bremischen Senators für Justiz und Verfassung 4. Mai 2016. Text online https://fragdenstaat.de/files/foi/52263/WMDI_11_TOP3.3_BerichtsbitteFDPIFIdual_final.pdf Weiter im Hoppe-link drei Presse-Reaktionen auf das Rechtsgutachten.

Hier der Spendenaufruf AStA HSB <http://www.asta-hsb.de/spendenaufruf-fuer-rechtsgutachten/> Dazu der NRhZ-Artikel Dietrich Schulze 16.11.16 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23287> mit Bezug auf die Pressekonferenz 07.11.16 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161103.pdf> an der HSB, in der das Rechtsgutachten vom Rechtsanwalt vorgestellt wurde.

Es gibt viele weitere Bezüge für dieses exzellente Rechtsgutachten, die im Zivilklausel-Arbeitstreffen am 25./26.02.17 an der HSB vorgetragen wurden und bis heute wirken.

Folien KIT Karlsruhe für Zivilklausel-Arbeitstreffen in der Hochschule Bremen am 25. Februar 2017

I. History: Jan. 2009 erste Studi-Urabstimmung zum hochpolitischen Topic „Zivilklausel“ – erfolgreich mit 63 % Pro. Mehrere Unis folgten und beförderten die „Zivilklausel-Bewegung“.

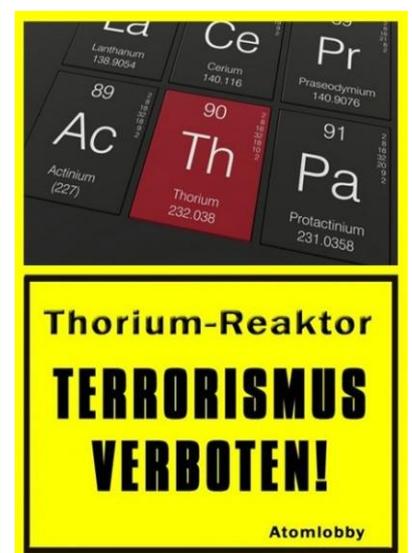
II. Faktisches: Kontra seit mehr als 8 Jahren von den KIT Direktoren und vom BaWü-Wissenschaftsministerium praktiziert. Beispiele: „Jugendsünde“ von Ministerin Theresia Bauer. Ethik-Leitlinien seien wichtiger als eine KIT-Zivilklausel. Zügliche Proteste und Aktivitäten der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten. Wir bleiben dran.

III. Aktuelles: Rüstungsverflechtung von KIT mit militärisch finanziertem Fraunhofer-Institut IOSB (Bildererkennung). Öffentliche AStA-Veranstaltung in KIT-Hörsaal im Nov. 2016. Ergebnis der Debatte im Plenum: Zielstellung Entflechtung anpacken. Fundierte IMI-Analyse soll im ersten Schritt zur StuPa-Offenlegungsforderung der Verflechtungen führen.

IV. Atom-U-Boote: Mit MdB Sylvia Kotting-Uhl wurde im April 2015 die KIT-Forschung für ultraleise Atomreaktoren aufgedeckt, die die Atom-U-Boot-Ortung verhindert. Militärisch hochrelevant und Verstoß gegen KIT-Teilzivilklausel „Großforschung“. Forderung nach Beendigung dieser Atomforschung wurde ignoriert. In Veranstaltung wurde attac-Film „Bombenwahn“ von 1989 gezeigt (33 Jahre Atomforschungszentrum Karlsruhe FZK).

V. Thorium-Reaktor: Ende 1916 ist die für Atomwaffen relevante KIT-Forschung an Thorium-Reaktoren aufgedeckt worden. Artikel darüber bei BUND und Anti-Atom. Folgeartikel bei IPPNW und Bundestagsanfrage von MdB Sylvia Kotting-Uhl wurden angeregt.

[Nachtrag] Die Kleine Anfrage Drs 18/11092 wurde am 2. Februar eingereicht. Dazu die Attac-Veranstaltung in Karlsruhe „Deutschland und Atomwaffen“ am 6. April mit Abgeordneten u.a. MdB Kotting-Uhl.



VI. Genese der Plutonium-Gesellschaft: Mit diesem Titel hatte Ende der 1970er Jahre der verfolgte deutsch-französische Wissenschaftler jüdischer Herkunft Léon Gruenbaum seine Diskriminierung im FZK durch den Altnazi und FZK-Geschäftsführer Rudolf Greifeld verarbeitet und eine bedeutende Monographie geschaffen. Er war der erste Posthum-Whistleblower, der im Okt. 2015 im Rathaus Karlsruhe mit Brandon Bryant und Gilles-Eric Séralini geehrt wurde. 2013 war in einem Gruenbaum-Symposium an die von Gruenbaum aufgedeckte Greifeld-Affaire als Wehrmacht-Verbrecher in Paris 1940/41 erinnert worden. Greifeld wurde kurz nach dem Whistleblower-Preis vom KIT entwürdigt. Gruenbaum wurde mit einer Grabtafel geehrt. Die Monographie harret der Veröffentlichung.



VII. Internationales im Rückblick: Bei allem was aus Zeitgründen gestrichen werden musste, darf ein elementares Ereignis der KIT-Zivilklausel-Geschichte nicht weggelassen werden. Der bewegendende Auftritt des Friedensforschers Subrata Ghoshroy vom MIT am KIT im knallvollen Redtenbacher-Hörsaal mitten im Bildungsstreik am 1. Dez. 2009. Er warnte uns, den USA mit verheerender Militär/Wirtschaftsfinanzierung der Hochschulen wie MIT zu folgen und ermutigte zur Zivilklausel.



VIII. WebDoku der Ini: Bei allen genannten forschungs-, atom- und friedenspolitischen Aktivitäten hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten in Karlsruhe maßgeblich mitgewirkt und damit zur Verbesserung des Klimas in Karlsruhe beigetragen bei allen offenen Pro/Kontra-Fragen. Die WebDokumentation wird täglich gepflegt. Alles Vorgetragene kann dort im Detail nachgelesen werden. Ganz zu schweigen von vielen Beiträgen gegen den Zivilklausel-Verstoß in Bremen und zur Vorbereitung des Zivilklausel-Arbeitstreffens.

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

**Initiative gegen
Militärforschung
an Universitäten**



▼ 23. Februar 2017 ▼

Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net
Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

**Zivilklausel oder
Militärforschung**

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170304ds.pdf> Dieser Beitrag wurde in Bremen abwechselnd von Nadja Brachmann und Dietrich Schulze vorgetragen. Letzterer berichtete darüber im Kontext seines Zivilklausel-Beitrags am 4. März beim Jahrestreffen von NatWiss in Berlin.

Bericht und Gedanken zur Unterschriftensammlung für den Aufruf zur Zivilklausel der Hochschule Bremen (Hartmut Drewes, Bremer Friedensforum)

Der Aufruf zur Zivilklausel wurde bisher unterschrieben von:

314 Personen, davon 78 HochschullehrerInnen und WissenschaftlerInnen;

Von den insgesamt 313 Unterschriften, kamen über 80 über den elektronischen Petitionsweg der Hochschule Bremen.

Unter den 314 Unterschriften befinden sich:

17 Lehrende der HSB, davon drei Emeriti

Mindestens 17 Studierende der HSB

2 Angestellte der HSB (AStA)

4 MdBB (alle Partei Die Linke)

1 MdB (Partei Die Linke)

24 Lehrende der Uni Bremen

Insgesamt mindestens 30 Studierende (es haben nicht alle ihren Status angegeben)

Wenige Sozialdemokraten, mindestens aber fünf,

nur eine Person von den Grünen, die mir jedenfalls als solche bekannt ist.

Nur 4 Organisationen:

AStA Hochschule Bremen

Bremer Friedensforum

Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin

Naturfreunde Deutschlands, Ortsgruppe Bremen

Die Organisationen hatten wir uns allerdings zunächst auch nicht vorgenommen.

Der Aufruf ist von Wolfram Elsner, Rudolph Bauer und Dietrich Schulze sehr gut verfasst, erstens ist er sehr kurz, zweitens legt er aber das Wesentliche dar. Natürlich ist ein Aufruf immer holzschnittartig. Aber anders geht es nicht.

Was ihm jetzt etwas fehlt - aber das war damals noch nicht so gegeben - ist die Erwähnung der heutigen Brisanz der Situation. Eine globale Militarisierung manifestiert sich so zunehmend, dass es einem den Atem nehmen kann.

Um den Aufruf nicht noch länger werden zu lassen, wurde einiges in Fußnoten gepackt, was bei einem Literaturwissenschaftler Kritik hervorgerufen hat („in Aufrufe gehören keine Fußnoten“), aber wir haben es trotzdem so gemacht, da dadurch der Text nicht zu lang wurde. Lange Texte werden erstens viel weniger gelesen und zweitens dadurch auch weniger unterschrieben.

Ein Aufruf hat öffentlichen Charakter. Die unterzeichnenden Personen outen sich, bekennen sich zur inhaltlichen Position. Das ist für viele nicht so einfach. Da gibt es Hürden. Was heute öffentlich geschieht, bleibt allein schon elektronisch im Internet, geht in die Biografie des Einzelnen ein. Das bedenken sicher viele Studierende. Es ist ja nicht zufällig, dass so wenige unterschrieben haben. Einige argumentierten damit, dass die AStA-Unterschrift genüge. Umso mutiger sind diejenigen, die sich trotzdem nicht von diesem Schritt abbringen lassen.

Damit zu tun hat der Umgang mit den UnterzeichnerInnen. Es müssen Rückmeldungen erfolgen, damit erstens die bisherigen UnterzeichnerInnen wahrnehmen, dass sie nicht allein stehen, und zweitens motiviert das weitere, auch zu unterzeichnen.

Aber drittens sind natürlich solche Listen von UnterzeichnerInnen wichtig für die Medienarbeit. Gewöhnlich interessiert die Medien nur die Zahl der Unterschriften.

Überhaupt ist beim Sammeln der Unterschriften auch wichtig, die UnterzeichnerInnen über den weiteren Verlauf des Kampfes für die Zivilklausel zu informieren. Das bestärkt sie auch, sich an weiteren Aktionen zu beteiligen. Das kostet natürlich auch Zeit. Aber es hat Wirkung. Schade war es deswegen, dass die Mail-Adressen der Online-UnterzeichnerInnen mir nicht bekannt wurden. Sie konnten nicht weiter informiert werden, z.B. über das Gutachten, auch über das Verbot der Hochschulleitung, ein Transparent an der Wand der HS zu lassen.

Beim Sammeln von Unterschriften gibt es auch Änderungsvorschläge. Sind sie redaktioneller Art (Satzbau, Stil usw.) kann man sie möglicherweise berücksichtigen. Geht es um den Inhalt, ist das nicht möglich. Ich habe in solchen Fällen oft lange Gespräche führen müssen, die meistens aber damit endeten, dass diejenigen nicht unterschrieben.

Bei manchen muss man nachhaken, besonders bei denen, von denen man weiß, dass sie nicht zuverlässig im Reagieren sind. Also noch einmal eine freundliche, Erinnerungsmail senden.

Wichtig für Aufrufe sind natürlich Adressendateien. Sie muss man aufbauen, und das ist sehr mühsam. Aber es lohnt sich.

Bei allem ist die Bündnisfrage wichtig. Das Bündnis soll ja möglichst breit sein, um Wirkung zu erzielen, aber ohne dass der Inhalt verwässert wird. Das ist immer eine Gratwanderung. Wichtig sind dabei persönliche Kontakte. Personen, die man gut oder überhaupt kennt, sind leichter erreichbar, da eine gewisse Vertrauensbasis vorhanden ist, auch dafür, dass man ihre Unterschriften nicht für andere Zwecke verwendet oder sie weitergibt.

Aufruf Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzept entwickeln!

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, sind Bremer Bürger, Wissenschaftler und Studierende, die sich für die friedliche Entwicklung auf unserem Planeten engagieren und zum Protest aufrufen gegen die Pläne der Leitung der Hochschule Bremen, Buchstaben und Geist der im Hochschulgesetz verankerten Zivilklausel auszuhebeln.

Die Zivilklausel ist im Rahmen von Forschung, Lehre und Studium aufrecht zu erhalten und thematisch weiterzuentwickeln für eine aktive, friedliche und gewaltfreie Zukunftsgestaltung, gegen Gewaltandrohung, militärische Zerstörungen und Interventionskriege. Daher fordern wir, die Hochschul-Zivilklausel in einer zweiten Ausbaustufe abzusichern und zu ergänzen durch

Friedenspolitische Forschungs-, Lehr- und Studienkonzepte*

die bis Mitte 2017 zu entwerfen, anschließend hochschulöffentlich zu diskutieren, der bremschen Öffentlichkeit vorzulegen und im Jahre 2018 durch die Bürgerschaft zu verabschieden und aus dem Hochschulhaushalt zu finanzieren sind.

Auf der Grundlage der Zivilklausel, ergänzt um die friedenspolitischen Forschungs-, Lehr- und Studienkonzepte, verbieten sich Verträge der Hochschulen über Rüstungsforschung und Ausbildungsgänge für Militärberufe oder rüstungsnahe Zivilberufe.

*Kernpunkte bei der Entwicklung der Konzepte sind beispielsweise

- in der Forschung: die Analyse der Ursachen und der Gefahren von Kriegen; die Untersuchung von Fragestellungen der gewaltfreien Konfliktlösung; das Erforschen von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und Lebensbedingungen sowie der Bildung in ehemaligen Kolonialländern; das Entwickeln von Schritten der Rüstungskonversion und Entmilitarisierung; usw.;
- in der Lehre: die inhaltliche Einbeziehung von fachlich relevanten Kernpunkt-Themen der friedenspolitischen Forschungskonzepte; das Erarbeiten der politischen und regulativen Voraussetzungen von Friedensregimen und ihrer Folgen für den gesellschaftlichen Fortschritt; usw.;
- im Studium: der Ausbau friedenspädagogischer Studiengänge bzw. Studiengangsanteile; das Erlernen und Erproben sozialer Kompetenzen der Konfliktanalyse und der Konfliktschlichtung bzw. -vermeidung; die Vergabe und Auszeichnung von friedensrelevanten Seminar-, Abschluss- und Promotionsarbeiten; usw..

Weitere Unterschriften bitte an die Mailadresse senden: hartmut_drewes@web.de

Bisherige Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Bremen, den 25. Februar 2017

AStA Hochschule Bremen
Bremer Friedensforum
Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin
Naturfreunde Deutschlands, Ortsgruppe Bremen

Doris ACHELWILM (Landessprecherin DIE LINKE. Bremen),
Recarda ACKON-MENSAH (Studierende),
Henrike ADEBAR,
Birgit AHLMANN,
Michael AHLMANN (FifF, ehem. Betriebsratsvorsitzender bei Atlas Elektronik in Bremen),
Sallar AHMADI-POUR ((Studierender der Hochschule Bremen, Studiengang technische Informatik),

Cima ALI (Studierende an der Hochschule Bremen),
 Diana ALONSO LIPPER,
 Peter ARENZ (Pastor, JVA Bremen),
 Dr.med. Uwe ALDAG (IPPNW),
 Barbara ALMS (Kunstwissenschaftlerin),
 Linus ANDRAE,
 Peter ANSORGE (Vors. „Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“),
 Evelyne AUGIS,
 Gerhard BAISCH, (Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, für gewaltfreie Friedensgestaltung/IALANA),
 Eduardo BARAHONA,
 Joachim BARLOSCHKY, Lehrbeauftragter Hochschule Bremen,
 Cornelia BARTH (Dipl.-Sozialarbeiterin),
 Prof. Dr. Hans-Heinrich BASS (Hochschule Bremen, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften),
 Prof. Dr. Rudolph BAUER (Politikwissenschaftler, bis 2002 Universität Bremen),
 Dr. med. Khaschayar BAYANIFAR,
 Bea BECKER (Studierende und AStA der Hochschule Bremen),
 Jonas M. BECKER (Studierender der Hochschule Bremen, IS Bionik),
 Maurice BEHLING (Studierender der Hochschule Bremen),
 Michael BEHRMANN (Pastor),
 Jutta BEHRMANN-ROGGE (Berufsschullehrerin),
 Johann BERGMANN (MAUS e.V., Netz Umsonst-Ökonomie),
 Prof. Dr. Armin BERNHARD (Universität Duisburg- Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften),
 Dr. med. dent. Hans-Werner BERTELSEN (Zahnarzt),
 Aline BERTHÉLEMY,
 Inge BERTZBACH,
 Heinz-Dieter BEUSHAUSEN (Pastor i.R.),
 Rolf BLANKE (Pastor),
 Dr. Horst BLIDON (Gewerkschaftssekretär i.R.),
 Julian BLUMENTAL,
 Prof. Dr. Klaus BOEHNKE, (Jacobs University Bremen, Bremen International Graduate School of Social Science),
 Sören BÖHRNSEN (Rechtsanwalt),
 Eva BÖLLER (Sprecherkreis Bremer Friedensforum),
 Prof. Dr. Lorenz BÖLLINGER (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Jannike BÖWING,
 Dr. med. Jürgen BORCHERT (Internist-Homöopath-Psychotherapeut),
 Alexander BRANDT (Studierender),
 Reiner BRAUN (Geschäftsführer IALANA, Berlin),
 Prof. Dr. Jan BREDEREKE (Hochschule Bremen, Fakultät E-Technik und Informatik),
 Antonie BRINKMANN (Juristin),
 Peter BROCKMANN (Pastor),
 Prof. Dr. Astrid BRUNKEN (Hochschule Bremen, Fakultät 1, Wirtschaftswissenschaften),
 Dr. med. BUBLITZ-SCHINDELE (Arzt),
 Prof. Dr. Inge BUCK (Kulturwissenschaftlerin und Autorin),
 Heinz BÜSCHER,
 Prof. Dr. Wolfgang BULLERDIEK (Hochschule Bremen, Fachbereich Sozialwesen),
 Claus BULLING (Pastor i.R.),
 Jana BURS,
 Dr. Ernst BUSCHE,
 Bernd CACHANDT, (Vorstandsmitglied bei Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin),
 Aftad CHAND (Stellv. Landesvorsitzender Jusos Bremen),
 Detlef DAHLKE,
 Inge DANIELZICK (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Bremen),
 Angelika DEINHARD (Lehrerin),
 Prof. Dr. Peter DERLEDER (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Peter DIETRICH (Vorsitzender von Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin),
 Johannes DIPPERT (AStA-Vorsitzender am KIT Karlsruhe),
 Kurt DOHM (Pastor i.R.),
 Priv. Doz. Dr. Jutta DORNHEIM (Universität Bremen),

Angelika DORNHÖFER,
 Elmar DORNHÖFER (Pastor i.R.),
 Hartmut DREWES (Sprecherkreis Bremer Friedensforum),
 Dr. Ursula DREYER (Universität Bremen, Kulturwissenschaftlerin),
 Rainer DUHM,
 Prof. Dr. Wolfram ELSNER (Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft),
 Hans-Georg ENDLER-BAYANIFAR,
 Peter ERLANSON (MdBB Fraktion Die Linke),
 Alina FANGMEIER (Studierende an der Hochschule Bremen),
 Dr. Heiner FECHNER, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder,
 Christa FEEST,
 Prof. Dr. Johannes FEEST (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Dr. Gerhard FELDBAUER, (Historiker und Publizist),
 Bettina FENZEL,
 Joachim FISCHER (Künstler),
 Bettina FRENZEL,
 Donya GANBAR-HAIDARY (Studierende, Oldenburg),
 Sina GANBAR-HAIDARY (Student),
 Eleonore GERLACH,
 Michael GERLACH,
 Annegret GERNS (Rentnerin),
 Willi GERNS (Rentner),
 Subrata GHOSHROY (Peace scientist, research associate, MIT Cambridge Massachusetts USA),
 Timo GIEBEL (Student, AK Zivilklausel Köln),
 Dr. Christian GLASS (Hochschullehrer i.R.),
 Christian GLOEDE (Landesvorstandssprecher der GEW Bremen),
 Dr. Rolf GÖSSNER (Rechtsanwalt / Publizist, Internationale Liga für Menschenrechte),
 Sergej GÖTZ (Studierender),
 Silke GOTTFRIEDSEN (Ärztin),
 Dr. Claudius GRÄBNER (Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft),
 Prof. Dr. Christine GRAEBSCH (Fachhochschule Dortmund, FB Angewandte Sozialwissenschaften und Universität Bremen FB Rechtswissenschaft),
 Gesa GRAF,
 Johann GATZSCHE (Studierender),
 Hannes Felix GROSCH,
 0000Prof. Dr. jur. Corinna GRÜHN (Hochschule Bremen, Fakultät 3),
 Gerald GRÜNEKLEE (Studierender),
 Dr. med. Hans-Jürgen GRÜNEWÄLDER, (Arzt),
 Jonas GUDEGAST (Medizintechniker),
 Ansgar HABEL (Arzt),
 Wolfgang HACKMANN,
 Christiane HAHN-BÜTHE (Lehrerin i.R.),
 Ulrike HARDOW (Pastorin),
 Kyra HARTEN,
 Dr. med. Christoph HAUN (IPPNW),
 Dr. med. Ursula HAUN-JÜNGER (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. IPPNW Bremen),

Martin HAUSMANN (Pastor i.R.),

Nils HECKMANN (Studierender),

Prof. Dr. Holger HEIDE (Universität Bremen FB Wirtschaftswissenschaft),
 Anne HEILEMANN,
 Barbara HELLER (Sprecherkreis Bremer Friedensforum),
 Michael HENK,
 Johann HERLYN (Pastor i.R.),
 Prof. Dr. habil Peter HERRMANN (EURISPES – Istituto di Studi Politici, Economici e Sociali, Rom. Italien),
 Cornelius HERTZ,
 Angela HERZBERG (Sozialpädagogin, AStA Hochschule Bremen),
 Prof. Dr. Rudolf HICKEL (Universität Bremen, FB Wirtschaftswissenschaft),
 Annemarie HILDEBRANDT,

Ines HILLMANN (selbständig),
Christoph HÖHL,
Angelika HOFNER (Theaterpädagogin),
Dr. Heinz-Gerd HOFSCHEIN (Historiker),
Hartwig HOHNSBEIN (Pastor i.R., Göttingen),
Elisabeth HOJAK (AStA-Angestellte Hochschule Bremen),
Prof. Dr. Rupert HOLZAPFEL (Hochschule Bremen, Fakultät 1, Wirtschaftswissenschaften),
Arno HOPP,
Prof. Dr. Klaus HÜBOTTER (Ehrenbürger),
Danilo HÜNCHER,
Marlies HUNDT,
Hans-Georg ISENBERG (Hochschuldozent i.R.),
Horst ISOLA,
David ITTEKKOT (Landesvorsitzender der Jusos Bremen),
Prof. Dr. Wolfgang JANTZEN (Universität Bremen, FB Erziehungs- und Bildungswissenschaften),
Marlen JIRSCHITZKA (Studierende der Hochschule Bremen, Soziale Arbeit),
Gert JULIUS (Vorsitzender und Pressesprecher von Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin),
Jürgen KARBE,
Jana Susanne KAPS,
Werner KAPS (Dipl.-Sozialarbeiter, Sozialpädagoge),
Erich KASSEL,
Traudel KASSEL,
André KESTEL (Mitglied im Bundes-Vorstand des Berufsverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler),
Basri KIZILDENIZLI (Studierender der Hochschule Bremen),
Andrea KISTNER (Lehrerin),
Justus KLEIN,
Dr. med. Erich KLOSS (IPPNW),
Günter KNEBEL (Geschäftsführer i.R.),
Silke KNIEFS, (Studierende der Hochschule Bremen),
Ralf KNOBLOCH (Sicherheitsingenieur i.R.),
Sabine KNOBLOCH (Buchhändlerin),
Eva KÖNIG-WERNER (Sozialwissenschaftlerin),
Lukas KÖSTER (Studierender der Hochschule Bremen, Soziale Arbeit),
Andrea KOLLING (EUROPEAN NETWORK AGAINST ARMS TRADE – ENAAT),
Margot KONETZKA,
Olli KORNAU,
Ingeborg KRAMER,
Artan KRASNIQI (Hochschule Bremen, Internationaler Studiengang Angewandte Freizeitwissenschaft),
Prof. Dr. Hans-Jörg KREOWSKI (Universität Bremen, FB Informatik),
Franz KRUSE (ehem. Lehrbeauftragter im IFI-Studiengang),
Uta KÜPPER-LÖSKEN (Pastorin),
Prof. Dr. Timm KUNSTREICH (Sozialarbeitswissenschaft, Hamburg),
Dr. med. Alfred LAMMERDING,
Ricarda LANG (Studierende der Hochschule Bremen),
Prof. Dr. Dr. Gregor LANG-WOJTASIK (Erziehungswissenschaftler PH Weingarten),
Kerstin LANGE (Krankenschwester/ Pflege-und Gesundheitsmanagement B.A., Diera-Zehren),
Anning LEHMENSIEK,
Ekkehard LENTZ (Sprecherkreis Bremer Friedensforum),
Sofia LEONIDAKIS (B DIE LINKE), MdB
Tobias LINNEMANN,
Prof. Dr. Gerrit LOHMANN (Universität Bremen, Klimaforscher),
Anne LOSCHKY,
Friedrich LÜESSE,
Eduard MADER,
Dr. med Uta MADER,
Jakob MAHLKE (Studierender),
Frauke MATTFELDT,
Barbara MATUSCHEWSKI,
Prof. Dr. Susanne MAURER (Erziehungswissenschaft/Pädagogik, Philipps-Universität Marburg)
Angelika MEINDL,
Birgit MENZ (MdB Fraktion Die Linke),

Prof. Dr. Thomas METSCHER (Universität Bremen, FB Sprach- und Literaturwissenschaften),
 Waltraud METTERT (Mitglied im Landesvorstand Die Linke Bremen),
 Hans MEYER-MEWS (Rechtsanwalt),
 Gisela MEYER-STRÜVY (Lehrerin),
 Christian MICHELSEN (Facharzt),
 Prof. Dr. Dietrich MILLES (Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik),
 Jürgen MILZ,
 Felix MITTAG (Arzt),
 Prof. Dr. Ulrich MÜCKENBERGER (Universität Hamburg, FB Sozialökonomie),
 Edith MÜLLER,
 Maurice MÜLLER,
 Rolf MÜLLER,
 Lothar NÄTEBUSCH (Vorsitzender von Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM),
 Berlin),
 Prof. Dr. Frieder NAKE (Universität Bremen, FB Informatik),
 Inga NEUMANN (Quartiermanagement),
 Prof. Dr. Dr. Christoph NIX (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaften),
 Helene NOZON,
 Mareike OBERHEIM (Studierende),
 Volkert OHM (Rechtsanwalt, IALANA),
 Brigitte OLK-KOOPMANN,
 Horst OTTO,
 Prof. Dr. Norman PAECH (Universität Hamburg),
 Prof. Dr. Lothar PETER (Universität Bremen, Institut für Soziologie),
 Jens PETERMANN (Lehrer),
 Gisela PETERS (Hochschule Bremen, Verwaltungsfachangestellte im AStA),
 Karl-Heinz POLUDNIOK (Fintel),
 Dr. Elka PRALLE,
 Wilfried PREUSS-HARDOW (Theologe),
 Clemens PRILL (Studierender der Hochschule Bremerhaven, Wirtschaftsinformatik),
 Prof. Dr. Stephan QUENSEL (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Dr. Detlev QUINTERN (Istanbul, Bremen),
 Gotthard RAAB (Lehrer),
 Luca RAIMONDO (Studierender),
 Eric RECKE (AK Friedenswissenschaften, Hochschule für angewandte Wissenschaften HAW Hamburg),
 0000Karsten REDMANN (Schriftsteller),
 Prof. Dr. Helmut REICHEL (Universität Bremen, Institut für Soziologie),
 Günter REICHERT (Studienrat i.R.),
 Marc RENKEN (Gremienbeauftragter),
 Dr. Günter REXILIUS (Psychotherapeut, IPPNW-Mitglied),
 Michael RIEMER,
 Prof. Dr. Thomas RISSE (Hochschule Bremen, Zentrum für Informatik und Medientechnologien, ZIMT, Fakultät E-Technik & Informatik Hochschule Bremen),
 Alexander RÖHRS,
 Ellen ROHLFS (DPG, Gush Shalom),
 Heiner ROSEBROCK,
 Gerd-Rolf ROSENBERGER (Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg),
 Karl Heinz ROTH (Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts),
 Klaus-Rainer RUPP (MdB Fraktion Die Linke),
 Prof. Dr. Ulrich RUSCHIG (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Philosophie),
 Rolf SÄNGER-DIESTELMEIER (Pastor i.R.),
 Barbara SANDERS (Psychologin),
 Hans-Günter SANDERS (Pastor i.R.),
 Prof. Dr. Hans Jörg SANDKÜHLER (Universität Bremen, Institut für Philosophie),
 Prof. Dr. Gert SAUTERMEISTER (Universität Bremen, FB Sprach- und Literaturwissenschaften),
 Alexander SCHÄFER (Naturfreunde Deutschlands, Ortsgruppe Bremen),

 Gerhard SCHÄFER (Sozialwissenschaftler),
 Helmut SCHAMBERGER,
 Udo SCHAPHALS (VERDI-Senioren),
 Friedrich SCHERRER (Pastor i.R.),
 Irmela SCHERRER (Lehrerin i.R.),

Klaus SCHIESEWITZ (Künstler),
 Dr. Sabine SCHIFFER (Erlangen/Berlin, Institut für Medienverantwortung),
 Sophie SCHLEINITZT (Lehrbeauftragte Hochschule Bremen),
 Dieter SCHMIDT (Hafenarbeiter),
 Prof. Dr. Eberhard SCHMIDT (Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Institut für Sozialwissenschaften),
 Martin SCHMIDT (IPPNW),
 Prof. Dr. Peter SCHMIDT (Hochschule Bremen, Fakultät 1, Wirtschaftswissenschaften),
 Prof. Dr. Christoph SCHMINCK-GUSTAVUS (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Charlotte SCHMITZ (Studierende),
 Prof. Dr. Inge SCHMITZ-FEUERHAKE (Universität Bremen, FB Physik/Elektrotechnik),
 Gerald SCHNEIDER,
 Dr. Eva SCHÖCK-QUINTEROS (Universität Bremen, FB 8 Institut für Geschichtswissenschaft),
 Karl Gustav Thor SCHRADER (Student der Hochschule Bremen, ISTAB),
 Peter SCHRAMM (Pastor i.R.),
 Prof. Dr. Martin SCHRAVEN (Universität Bremen, Institut für Philosophie),
 Maren SCHREIER (Vorstand Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V., FHS St.Gallen/Schweiz),
 Hans-Ludwig SCHRÖDER (Pastor i.R.),
 Ursula SCHRÖDER (Lehrerin),
 Hannah SCHRÖTER (Studierende der Hochschule Bremen),
 Jakob SCHRÖTER,
 Dr. Dietrich SCHULZE (Karlsruhe, Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und
 Zukunftsfähigkeit),
 Prof. Dr. Susanne SCHUNTER-KLEEMANN (Hochschule Bremen FB Wirtschaft),
 Prof. Dr. Frank-Rainer SCHURICH (Kriminalistik),
 Bernd SCHWENKER (Physiker),
 Lena SCHWERTMANN (Studierende der Hochschule Bremen, IS Bionik, stellv. Vors. des AStA),
 Frank SCHWITALLA (Vorstandsmitglied Netzwerk Cuba e.V.),
 Uwe SEGELKE (Gartenbauingenieur und Betriebsleiter),
 Prof. Dr. Klaus SIEVEKING (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Prof. Dr. Peter SOBICH, Hochschule Bremen, FB Rechtswissenschaft,
 Marianne SÖRENSEN-BAUER (Psychologische Psychotherapeutin),
 Hauke STACHEL,
 Manfred STEGLICH (Sozialwissenschaftler),
 Antje STEINBERG,
 Hartmut STINTON (Rentner),
 Armin STOLLE,
 Fritz STORIM (Physiker, Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz MAUS e.V.),
 Dr. Hella DE SOUZA,
 Susanne SVEDA,
 Miriam STRUNGE (MdBB Fraktion Die Linke),
 Prof. Dr. Gerhard STUBY (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
 Maja TEGELER,
 Max THIES (Studierender),
 Prof. Dr. Wolfram THIEMANN (Universität Bremen, FB Biologie/Chemie),
 Prof. Dr. Willi TIMMERMANN, Hochschule Bremen, FB Wirtschaftswissenschaften),
 Anke TINSEN (Naturfreunde Deutschlands, Ortsgruppe Bremen)
 Günther TOPPAT,
 Priv. Doz. Natascha UECKMANN (Universität Bremen, FB Kulturwissenschaften),
 Dr. Ernst UHL (Pastor i.R.),
 Alexander VEDDER (ehem. Studierender der Universität Bremen und der Hochschule Bremen),
 Prof. Dr. Gerhard VINNAI (Universität Bremen, Sozialpsychologie),
 Patricia VON BODECKER (Kordinatorin Ambulanter Hospizdienst),
 Timm VON BODECKER (Studierender der Hochschule Bremen, Soziale Arbeit, 1. Vors. des AStA),
 Klaus VON FREYHOLD (Assoziiertes Mitglied ITD, HSB),
 Horst VON HASSEL,
 Wieland VON HODENBERG,
 Felix VON MASSENBACH (Studierender AK Zivilklausel Köln),
 Gisela VORMANN,
 Hans-Werner VOSS (NaturFreunde Bremen),
 Regine VOSS,
 Claus WALISCHEWSKI,
 Matthias WEINERT (Richter),

Rainer WEISEL (Universität Bremen, Universitätsarchiv),
Günter WERNER (IALANA),
Eiko WESTERMAN (Studierender),
Joachim WILIMZIG (Pastor i.R.),
Jürgen WILLNER (Sozialökonom),
Holger WINKLER (Lehrbeauftragter Hochschule Bremen),
Prof. Dr. Gerd WINTER (Universität Bremen, FB Rechtswissenschaft),
Prof. Dr. Barbara WITTE (Hochschullehrerin an der Hochschule Bremen),
Prof. Dr. Dieter WÖHRLE (Universität Bremen, Institute of Organic and Macromolecular Chemistry)
Prof. Dr. Jörg WOLLENBERG (Universität Bremen)
Prof. Dr. Beate ZIMPELMANN (Hochschule Bremen, Fakultät 3, Internationaler Studiengang Politikmanagement)

314 Personen, davon 78 HochschullehrerInnen und WissenschaftlerInnen

Zivilklauseln und militärische bzw. sicherheitsrelevante Forschung an den Berliner Hochschulen

Grundlage für den Bericht zur Berliner Situation sind weitgehend die ausgewerteten Antworten auf die parlamentarischen *Anfragen 2016* und *2017* an den Berliner Senat.^{1 2}

Zur Veranschaulichung der stattgefundenen Entwicklung bzgl. Zivilklauseln und militärischer bzw. sicherheitsrelevanter Forschung wird die gut dokumentierte Situation für 2009 bzw. 2015 herangezogen: So weist die Übersicht *Doku 2015* lediglich *eine* Berliner Hochschule mit Zivilklausel aus (TU). Andererseits belegt bereits die *IMI-Studie 2009* wehrtechnische, wehrmedizinische sowie sicherheitsrelevante Forschung an *drei* Berliner Hochschulen (FU, Charité und - trotz Zivilklausel - TU).

1. Zivilklauseln (s. *Anfrage 2017*)

TU

Die TU ist die Berliner Hochschule mit der längsten Zivilklauseltradition. Eine Zivilklausel gibt es dort seit dem 29.05.1991. Sie wurde letztlich als Konsequenz aus der Verstrickung der früheren TH Charlottenburg in die Nazi-Verbrechen einschließlich der massiven Beteiligung an der Rüstungsforschung - sowohl während der Nazizeit als auch davor - beschlossen. Der Beschluss erfolgte nach der Aufhebung des Viermächtestatus von Berlin, unter dem den Berliner Hochschulen rüstungsrelevante Forschung ohnehin verboten war. Die TU-Zivilklausel enthält erfreulich eindeutige Regelungen. Insbesondere soll *„an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden“*. AntragstellerInnen *„von Forschungsprojekten soll(en) erklären, dass das betreffende Projekt nicht militärischen Zwecken dient.“* Des Weiteren *„werden von der TU-internen Forschungsförderung keine Mittel zur Durchführung rüstungsrelevanter Forschung bereitgestellt.“*

HTW

Seit dem 01.06.2015 gibt es nicht nur an der TU, sondern auch an der HTW eine Zivilklausel. Auf Antrag der Studierenden wurde beschlossen, § 2 Absatz 1 der Hochschulordnung der HTW durch den Satz *„Die HTW lässt sich in ihrer Tätigkeit vom Geist der Freiheit in Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung und Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen leiten.“* zu ergänzen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Bezeichnung „Zivilklausel“ gerechtfertigt ist, also auf dieser Grundlage militärische Forschung ausgeschlossen werden soll bzw. kann und ausschließlich zivile Forschung ermöglicht wird. Andererseits gibt es aber - im Unterschied zur TU und anderen Berliner Hochschulen - keine Belege für militärisch oder sicherheitspolitisch relevante Forschung an der HTW (vgl. Punkt 2.), was bei der „nicht strengen“ Textformulierung eine Rolle gespielt haben könnte.

Bei anderen Berliner Hochschulen wird das Vorhandensein einer Zivilklausel behauptet bzw. auf Ersatzkonstrukte verwiesen.

HU

So wird in der Zivilklausel-Liste der Initiative ["Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel"](#) auch die HU als Hochschule mit Zivilklausel geführt – mit Verweis auf § 1 Abs. 1 ihrer Verfassung. Tatsächlich heißt es aber in § 1 Abs. 1 der HU-Verfassung: *„Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag trägt sie [die Humboldt-Universität zu Berlin] mit ihrer Forschung und Lehre zum Erhalt und zur Verbesserung der menschlichen Lebens- und Umweltbedingungen bei. In diesem Sinne setzt sie sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt mit den Voraussetzungen und möglichen Folgen einer Nutzung ihrer Forschungsergebnisse, insbesondere für die Erhaltung des Friedens, der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine diskriminierungsfreie, nachhaltige Entwicklung aller Menschen auseinander.“*

¹ Die verwendeten Quellen und Abkürzungen sind am Schluss des Berichts zusammengestellt.

² Eine Übersicht über die 12 staatlichen Berliner Hochschulen, darunter drei große Universitäten, befindet sich am Schluss des Berichts.

Zweifellos ist eine Hochschulverfassung mit einem derartigen Text „besser“ als ohne einen solchen Text. Dessen Einstufung als „Zivilklausel“ ist aber aus Sicht des Berichterstatters eher nicht gerechtfertigt. Denn mit diesem Text ist militärrelevante Forschung nicht ausdrücklich verboten und zivile Forschung weder ausdrücklich gefordert noch explizit vorgeschrieben (keine Selbstbindung). In ihrer Antwort auf *Anfrage 2017* hält die HU selbst diese Formulierung „*im Sinne ihres gesetzlichen Forschungsauftrags für erfolgreich und sieht keinen Änderungsbedarf*“. Auf die direkte Frage nach dem Vorhandensein einer Zivilklausel lautet die Antwort der HU „Nein“. Die Tatsache, dass an der HU über lange Jahre offenbar keine militärisch oder sicherheitspolitisch relevante Forschung betrieben wurde (vgl. Punkt 2.), könnte bei der „nicht strengen“, sehr allgemein gehaltenen Textformulierung in § 1 Abs. 1 der HU-Verfassung eine Rolle gespielt haben könnte. Ebenso dafür, dass es an der HU bislang keine deutlich erkennbaren Ansätze einer Zivilklauselbewegung gibt.

UdK

Die UdK verweist in diesem Zusammenhang sogar auf Passagen ihrer „Satzung zur Regelung der Drittmittelforschung“, die angeblich ggf. i. S. von Teilaspekten der Zivilklauselfunktion angewendet würden (Details s. *Anfrage 2017*, Antwort auf Frage 4).

FU

Die FU hat keine Zivilklausel, in der Stellungnahme zu *Anfrage 2017* werden Erläuterungen dazu vermieden. Dies ist insofern bemerkenswert, als es bereits in den Jahren 2010 bis 2012, verstärkt aber ab Mitte 2012, bedeutende Aktivitäten der Studierenden für eine Zivilklausel speziell am Fachbereich Politikwissenschaften (Otto-Suhr-Institut) gab. Hintergrund war die Einbeziehung des FU OSI in Vorhaben der Kriegsforschung (SFB 700, Näheres s. Punkt 2.). Die Proteste und Widerstandsaktivitäten waren letztlich nicht erfolgreich: Ein längeres Hin und Her mit Kompromiss- und Alibi-Texten für eine Zivilklausel am FU OSI wurde mit einer deutlichen Ablehnung im Fachbereichsrat vorerst beendet (vgl. *Doku 2015*).

Charité

Die Charité äußert sich ablehnend: „*Der Erfolg solcher Klauseln wird gegenüber einer Einzelprüfung als gering eingeschätzt*“.

BHT

Die BHT erklärt in ihrer Antwort auf die *Anfrage 2017*, „*dass sich im laufenden Jahr die Forschungskommission der Hochschule mit dem Thema Zivil- und/oder Friedensklausel auseinandersetzen wird. Grundlage hierfür werden die Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Leopoldina zu 'Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung' sein.*“ Für diese Absicht gibt es objektiv auch ausreichend Veranlassung, siehe Punkt 2.

Die **anderen (u. a. die kleinen) Berliner Hochschulen** geben i. R. der *Anfrage 2017* mehrfach die Auskunft, dass eine Zivilklausel auf Grund der hochschulspezifischen Schwerpunkte in Forschung und Lehre bei ihnen nicht erforderlich sei.

2. Militärische und sicherheitsrelevante Forschung (s. *Anfrage 2016* und *Anfrage 2017*)

TU

Trotz Vorhandensein einer Zivilklausel mit klaren Regelungen zur Selbstbindung gibt es immer wieder Informationen über Zivilklausel-Verstöße – bisher durch mehrere Anfragen der LINKEN im Bundestag in den letzten Jahren, hier i. R. von *Anfrage 2016* und *Anfrage 2017*. Die parlamentarischen Anfragen belegen, dass es ggw. ca. 10 Kooperationsprojekte gibt, bei denen die Bundeswehr-Universitäten als öffentlicher Auftraggeber beteiligt sind. Des Weiteren beteiligt sich die TU an mindestens 15 Verbundprojekten i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“.

FU

Hintergrund der unter Punkt 1. angesprochenen Protestaktionen der Studierenden war die Einbindung der Forschung des Fachbereichs Politikwissenschaften in den DFG-geförderten

[Sonderforschungsbereich 700 "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit"](#). In diesem SFB 700 geht es u. a. darum, wissenschaftlich zu untersuchen, wie solche Konfliktgebiete wie Afghanistan im Sinne von USA-NATO-EU regierbar gemacht werden können. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Legitimierung von Kriegseinsätzen. Universitätsweit ist in den letzten Jahren etliches an militär- und sicherheitsrelevanter Forschung hinzugekommen. Die parlamentarischen Anfragen belegen, dass es 3 Kooperationsprojekte von teils größerem finanziellem Umfang gibt, bei denen ausschließlich BW-Strukturen als öffentliche Auftraggeber fungieren. Des Weiteren beteiligt sich die FU an mindestens 12 Verbundprojekten sowie an 4 Projekten bzw. Themen i. R. des BMBF-Programms "Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017", teils von erheblichem finanziellem Umfang. Aktuell liegen aus der FU über Proteste oder Widerstandsaktivitäten in diesem Zusammenhang keine Informationen vor.

HU

Bis 2016 wurden an der HU keine Fälle direkter militärischer Forschung oder einer Beteiligung an Forschungen mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung bekannt – weder bei Drittmittel-Projekten noch bei Kooperationen mit staatlichen Auftraggebern wie BW oder BMVg. Eine Ausnahme ist die Teilnahme der juristischen Fakultät an dem Verbundprojekt „Katastrophenschutz in Krisensituationen“ i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“ (Teilvorhaben „Rechtswissenschaftliche Arbeit zur Daseinsvorsorge und juristische Begleitung des Projektes“ mit Abschluss 2015).

Im Unterschied zur *Anfrage 2016* belegt allerdings die *Anfrage 2017*, dass mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem BMVg und der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät eine deutliche Änderung erfolgt ist. Nähere Informationen zum Inhalt der Kooperationsvereinbarung finden sich derzeit nirgends.

Dass es an der HU über viele Jahre keine militärische oder sicherheitspolitisch relevante Forschung gab, wird in gewisser Weise dadurch "kompensiert", dass die HU in den letzten Jahren zunehmend eine Art "ideologisches Zentrum" wurde, indem einige Historiker und Politikwissenschaftler (teils Lehrstuhlinhaber, teils Emeriti, teils als Berater der Bundesregierung tätig) sich mit reaktionärer Geschichtsumschreibung sowie Politikgestaltung befassen und als Militaristen bzw. Kriegstreiber hervortreten (Stichworte: Münkler/Politikwiss., Winkler/Historiker, Baberowski/Historiker). Stellvertretend für zahlreiche Belege sei exemplarisch auf [FRIV2017a](#), [FRIV2017b](#) und [ND2015](#) verwiesen.

Im HU-Kontext unbedingt zu erwähnen ist die

artop GmbH

Dieses „An-Institut“ der HU kooperiert mit der BW i. R. des Projekts „Training für interkulturelle Einsatzberater“, wobei das Institut über den Umfang der BW-Finanzierung keine Angaben macht.

Charité

Für die Charité sind zahlreiche wehrmedizinische Drittmittelprojekte sowie Kooperationen in Forschung und Lehre mit dem BMVg, der BW-Universität München, den BW-Krankenhäusern in Berlin und Koblenz sowie anderen Dienststellen mit BW-Bezug dokumentiert. Die Charité ist an mindestens vier Verbundprojekten i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“ beteiligt. Der finanzielle Umfang der Projekte ist z. T. erheblich.

UdK

Die Universität der Künste Berlin (Institut für Zeitbasierte Medien) hat sich von 2012 bis 2014 an einem Verbundprojekt i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“ beteiligt. Derzeit gibt es keine Informationen über militärische bzw. sicherheitsrelevante Forschungsk Kooperationen.

HTW

Während es bis 2016 keine Belege für militärisch oder sicherheitspolitisch relevante Forschung an der HTW gibt, sind mit der *Anfrage 2017* zwei BW/BMVg-finanzierte Projekte sowie eine unbefristete Rahmenvereinbarung (ohne finanzielle Auswirkungen) belegt.

BHT

Aktuell gibt es eine Kooperationen mit der BW in einem Projekt, bis 2015 in einem Verbundprojekt i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“. Ab Februar 2017 ist die BHT an dem Projekt "Abwehr von unbemannten Flugobjekten für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben" beteiligt (rechtliche, gesellschaftliche und ethische Fragen der Drohnenabwehr, Auftragsvolumen nicht angegeben). Das Projekt gehört zum Themenfeld "Zivile Sicherheit – Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung" im Rahmen des BMBF-Programms "Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017". (Angaben z. T. vom Berichtersteller recherchiert)

ASH

Die ASH kooperiert im Rahmen eines unbefristeten Kooperationsvertrages (Weiterbildungsprogramm) mit der BW.

HWR

Aktuell gibt es keine Kooperationen mit BW/BMVg u. ä. In der Zeit vor 2016 gab es Beteiligungen an drei Verbundprojekten i. R. des BMBF-Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“.

An den verbleibenden **kleinen Berliner Hochschulen (HfM, HfS, KHB)** mit vorwiegend musikalischer und künstlerischer Ausrichtung gibt es keine militärischen bzw. sicherheitsrelevanten Forschungsaktivitäten.

Quellenverzeichnis

Anfrage 2016 – „Kooperationen von Hochschulen des Landes Berlin mit militärischen und sicherheitstechnischen Institutionen“: Schriftliche Anfrage der LINKEN an den (alten SPD-CDU-)Senat von Berlin vom 19.02.2016 und Antwort

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-18040.pdf>

Anfrage 2017 – „Rüstungs- und Militärforschung in Berlin“: Schriftliche Anfrage der GRÜNEN an den (jetzigen SPD-LINKE-GRÜNE-)Senat von Berlin vom 23.01.2017 und Antwort

<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10310.pdf>

FRIV2017a – Widerstand gegen rechte Professoren an der Humboldt-Universität wächst [World Socialist Web Site_18.02.2017]

<https://www.wsws.org/de/articles/2017/02/18/humb-f18.html>

FRIV2017b – FRIV-Stellungnahme gegen rechte Positionen in der Lehre

<https://genderini.files.wordpress.com/2017/02/stellungnahme-gegen-rechte-positionen-in-der-lehre.pdf>

IMI-Studie 2009 – „Hochschulen forschen für den Krieg“, IMI-Studie Nr. 07/2009

<http://imi-online.de/download/SN-Studie07-2009-Forschung.pdf>

ND2015 – Der Carl Schmitt der Berliner Republik _ Der Politologe Herfried Münkler wirbt erneut für Kriegseinsätze und eine echte geopolitische Strategie des »Westens« [Neues Deutschland_10.10.2015]

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/987281.der-carl-schmitt-der-berliner-republik.html?action=print>

Doku 2015 – Zivilklausel - Status und Probleme: 55 Hochschulorte mit Aktivitäten an 60 Hochschulen, darunter 19 mit Zivilklausel [Dietrich Schulze, 01.03.2015]

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150301.pdf>

Abkürzungen

BW	Bundeswehr
BMVg	Bundesministerium für Verteidigung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
IMI	Informationsstelle Militarisierung e.V.

Die 12 staatlichen Hochschulen von Berlin (4 Unis, Charité, 7 Fachhochschulen)

• Technische Universität Berlin	TU	ca. 34.000 Studierende
• Freie Universität Berlin	FU	ca. 32.000 Studierende
• Humboldt-Universität zu Berlin	HU	ca. 33.000 Studierende
• Charité-Universitätsmedizin Berlin	Charité	ca. 7.000 Studierende
• Universität der Künste Berlin	UdK	ca. 4.000 Studierende
• Beuth-Hochschule für Technik Berlin	BHT	ca. 13.000 Studierende
• Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	HTW	ca. 13.000 Studierende
• Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	HWR	ca. 10.000 Studierende
• „Alice-Salomon“-Hochschule für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik Berlin	ASH	ca. 3.000 Studierende
• Hochschule für Musik „Hanns Eisler“	HfM	ca. 600 Studierende
• Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“	HfS	200-250 Studierende
• Kunsthochschule Berlin-Weißensee	KHB	ca. 800 Studierende

Bericht der AG Zivilklauselbündnis (Uni Leipzig)

Das Zivilklauselbündnis der Uni Leipzig gründete sich im Sommersemester 2015. Zu diesem Zeitpunkt hatte es seitens des Stura bereits einen Versuch gegeben, eine Zivilklausel einzuführen, was – in unseren Augen – schreitere. In den damaligen Verhandlungen konnte lediglich erreicht werden, dass der Satz: „*[Die Universität] stellt sich zugleich den Herausforderungen in Wissenschaft und Gesellschaft und ihrer Verantwortung für die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere für Mensch und Natur.*“ (aus der Grundordnung: https://www.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/UniStadt/akademische_angelegenheiten/pdf/Grundordnung_UL_130806.pdf) in die Grundordnung der Universität aufgenommen wurde.

Das Zivilklauselbündnis ist eine AG beim StuRa und sieht seine Aufgaben in der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Zivilklausel, der Aufklärung über entsprechende Zusammenhänge und der Ermöglichung öffentlicher Diskussion der Problematik.

Die gruppeninterne Auseinandersetzung bestand neben einem **autodidaktischen Argumentationsworkshop** auch in der Ausformulierung eines Vorschlags darüber, wie eine Zivilklausel an der Uni Leipzig aussehen könnte. Diese **mögliche Zivilklausel-Formulierung** ist auch auf unserem **Selbstdarstellungsflyer** zu finden (siehe Anhang).

Im Sommersemester 2016 organisierte das Zivilklauselbündnis eine **Vortragsreihe** (Flyer im Anhang) mit folgenden Inhalten und Referenten:

- Torsten Bultmann (BdWi): Drittmittel an Universitäten
- Peter Schönhöffer (Pax Christi, Attac): Deutsche Außenpolitik und Fluchtursachen
- Alex Demirovic (u.a. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Attac, BdWi): Die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft.

Zu den **Kritischen Einführungswochen**, die zu Beginn jedes Semesters kollektiv von vielen verschiedenen politischen Hochschulgruppen organisiert werden und stets mit einem breiten Spektrum an Vorträgen, Workshops und kulturellen Veranstaltungen aufwarten (vollständiges Programm siehe hier: <http://kritischeunileipzig.blogspot.de/programm-102016/>), steuerte das Zivilklauselbündnis vier Vorträge mit folgenden Inhalten und Referenten bei:

- Karin Kulow (Arabistin): Der Islam als politisches Instrument
- Cornelia Mannewitz (DGB): Forschen für's Militär – Was dagegen tun?
- Axel Gehring (Uni Marburg): Der Putsch nach dem Putsch? – Erdogans Türkei zwischen Repression, EU und kurdischem Befreiungskampf
- Andrej Hunko (MdB für Die Linke): Meinst du, die Russen wollen Krieg? .

Am Ende des Sommersemesters 2016 wurden an der Uni Leipzig die studentischen SenatsvertreterInnen gewählt, an denen sich das Zivilklauselbündnis spontan beteiligte und gemeinsam mit anderen kritischen Hochschulgruppen mit der **Liste Emanzipation.Frieden.Solidarität** antrat. Die Liste schaffte es, dass **ein Vertreter in den Senat** (insgesamt vier Studierende) und **zwei weitere in den erweiterten Senat** (insgesamt 16 Studierende) gewählt wurden. Sie einen **Antrag auf Solidarität mit der türkischen**

WissenschaftlerInnen-Organisation „Scientists for Peace“ ein. Die Reaktion der Senatsmitglieder fiel gemischt aus. Im Ergebnis der Diskussion beschloss der Senat, die repressive Politik Erdogans gegenüber Wissenschaftlern zu verurteilen, sich jedoch nicht explizit mit „Scientists for peace“ zu solidarisieren und auch nicht die Politik der Bundesregierung direkt zu kritisieren.

Im Weiteren soll ein **Antrag auf Verbannung jeglicher pro-militärischer Werbung vom Campus** und ein **Antrag auf die Einführung einer Zivilklausel** eingereicht werden.

Im Vorfeld der Diskussion im Senat über die Einführung einer Zivilklausel will das Zivilklauselbündnis eine **Urabstimmung** über eine Zivilklausel unter den Studierenden organisieren, die wiederum von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden soll.

Der StuRa unterstützt die Einführung einer Zivilklausel per Beschluss.

Gezeichnet: Swetlana Paul (swetlana.paul@posteo.de)

■ Die Debatte über Zivilklauseln an Hochschulen ist weiterhin im Gange. An manchen Hochschulen wird aktuell über deren Einführung debattiert, an anderen um deren Bedeutung und Umsetzung gerungen. Auch in Bremen ist die Diskussion weiterhin im Gange – angefeuert nicht zuletzt von der umstrittenen Entscheidung der Hochschule Bremen, in Zusammenhang mit einem neuen dualen Studiengang einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zu schließen. Derartige

erschienen in:

**BLZ - Zeitschrift der
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
- Bremen -
Heft März/April 2017, S. 14-15**

<https://www.gew-hb.de/blz/>

Zahnlose Papiertiger oder gelebte Hochschulkultur

Zivilklauseln an Hochschulen

Ralf E. Streibl

Ereignisse machen deutlich, wie wichtig es ist, eine Zivilklausel nicht nur zu beschließen, sondern auch eine Vorstellung davon zu entwickeln, was es heißt, eine Zivilklausel zu leben.

Auf einer kleinen Arbeitstagung der bundesweiten Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel Ende Februar dieses Jahres an der Hochschule Bremen habe ich in fünf Thesen skizziert, wie ein konstruktives Verständnis und ein sich daraus ableitender aktiver Umgang mit einer Zivilklausel aussehen könnte. Diese Thesen sind im folgenden kurz zusammengefasst:

These 1: Zivilklauseln als Selbstverpflichtung ernst nehmen.

Zivilklauseln werden beschlossen und getragen von den Mitgliedern einer Hochschule. In Debatten wird unter Verweis auf die Forschungsfreiheit oder auf die im Grundgesetz verankerte Rolle von Streitkräften gerne die Legitimität von Zivilklauseln grundsätzlich angezweifelt. Außer Acht gelassen wird dabei jedoch ein wesentliches Moment: Man muss nicht mit Rüstungsunternehmen oder mit dem Militär koope-

rieren. Begreift man die Zivilklausel als aktive Selbstverpflichtung, bedeutet dies, sich aktiv zu entscheiden, keine derartigen Kooperationen einzugehen, ggf. Mittel aus entsprechenden Kontexten abzulehnen, regelhaft über die möglichen Folgen der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit nachzudenken und sich mit möglichen Ambivalenzen des eigenen Tuns auseinanderzusetzen.

These 2: Zivilklauseln sind relevant für Forschung, Lehre und Transfer. Zivilklauseln wurden ursprünglich oft in Bezug auf Forschung verstanden oder darauf reduziert. Wünschenswert sind jedoch Formulierungen, die das gesamte Spektrum von Tätigkeiten an Hochschulen oder ähnlichen Einrichtungen umfassen. Ein Bekenntnis zum Frieden und eine Verpflichtung auf die Verfolgung ziviler Zwecke kann sich per se nicht nur auf Teilbereiche des Handelns beziehen.

These 3: Hochschulen haben die Aufgabe, die Auseinandersetzung mit Ambivalenzen des jeweiligen Faches und mit möglichen ethischen Dilemmata anzuregen und verantwortlich vorzuleben.

Das Selbstverständnis von Hochschulen muss sein, im Sinne der Bildung mündiger, gut informierter, reflektierter und verantwortlich handelnder Menschen in Studium und Lehre die vielfältigen Ambivalenzen, Möglichkeiten und Gefahren, Chancen und Risiken des jeweiligen

Faches herauszuarbeiten und in ihrer Vielschichtigkeit zu diskutieren. Es geht darum, Foren für die aktive Auseinandersetzung zu schaffen – im Kontext der fachlichen Ausbildung, aber auch darüber hinaus. Das Ziel friedensorientierter Bildung ist keine Indoktrination, sondern Weiterentwicklung eines kritischen Selbstverständnisses, Reflexion von Handlungsmöglichkeiten und ein wesentlicher Beitrag zum Abbau bzw. zur Verringerung von Gewalt.

These 4: Aktives Leben einer Zivilklausel erfordert ...

- Transparenz, Transparenz, Transparenz
Je offener eine Hochschule ihre Forschungsaktivitäten und Projekte, ihre Kooperationspartner und Drittmittelnahmen sowie ihre Prozesse zum Umgang mit ambivalenten Sachverhalten darstellt, desto mehr Vertrauen wird ihr entgegengebracht werden. Informationsfreiheitsgesetze sowie Transparenzgebote in Hochschulgesetzen können diesen gesellschaftlichen Paradigmenwandel unterstützen.

- den Prozess als Chance zu verstehen und zu gestalten

Es geht nicht alleine darum, vor Beginn eines Projektes zu prüfen, ob dieses mit der Zivilklausel vereinbar sei und man es durchführen möchte oder nicht. Die regelmäßige Selbstreflexion sollte auch parallel zu den wachsenden Erkenntnissen und Erfahrungen während der Durchführung von Projekten sowie

bei deren Nachbetrachtung kontinuierlich fortgeführt werden.

- einen fairen Umgang miteinander
Eine Zivilklausel lebt von ernsthaften und manchmal auch kontroversen Diskussionen und Erörterungen. Diese sind gleichermaßen sachorientiert und wertebasiert zu führen. Hüten muss man sich vor Unterstellungen und Verdächtigungen gegenüber der jeweils anderen Seite. Feindbilder polarisieren und zerstören die Kommunikationsbasis.
- Kommunikation
Dialog- und Diskussionschancen sind zu nutzen und auszubauen. Die eigenen Positionen im Austausch mit anderen prüfen, hinterfragen und weiterentwickeln, ist nicht nur Notwendigkeit, sondern Chance. Sich in jedem Einzelfall durchzusetzen, also quasi »zu gewinnen«, ist dabei nicht entscheidend. Im Sinne des Verständnisses einer Zivilklausel als Selbstverpflichtung geht es vor allem darum, eine Haltung zum Ausdruck zu bringen.

These 5: Demokratische Strukturen der Hochschulen nutzen und stärken.

Formale Entscheidungen bezüglich möglicher Kooperationen der Institution müssen in deren gewählten Gremien verortet werden. Es widerspricht dem Grundsatz einer institutionellen Selbstverpflichtung, wenn Kooperationsentscheidungen leitungsseitig an jenen Gremien vorbei getroffen werden, die eine Zivilklausel beschlossen haben.

Es braucht auch keine Prüf- und Entscheidungskommissionen, die hinter verschlossener Tür diskutieren und beschließen, sondern vielmehr transparente Debatten und Klärungen, an denen sich alle Interessierten beteiligen können.

Inhaltliche Entscheidungen obliegen letztlich den beteiligten Personen. Es mag sein, dass nicht alle Mitglieder der Hochschule mit jeder getroffenen Entscheidung einverstanden sind. Daher gilt es manchmal auch, Widersprüche auszuhalten. Gleichzeitig sind solche Widersprüche aber

auch Ansatzpunkte für weitere Klärungsprozesse. Öffentliche Diskussionen helfen der Institution und all ihren Mitgliedern, langfristig die Zivilklausel weiterzuentwickeln.

Den wahrgenommenen Verstoß einzelner gegen die Zivilklausel einer Institution muss man in diesem Sinne ernst nehmen, zu Kenntnis nehmen und thematisieren. Die Institution als Ganzes hierfür zu sanktionieren macht aber in der Regel keinen Sinn. Damit würden nur die Kräfte geschwächt, die sich entschieden für den Frieden und eine lebendige Zivilklausel einsetzen. An dieser Stelle ist es wichtig, die konkret verantwortlichen Personen zu erkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Um echten Frieden zu schaffen, ist Friedensfähigkeit notwendige Voraussetzung – hieran zu arbeiten ist eine große Herausforderung und zentrale Aufgabe für Bildung und Wissenschaft.

Kritische MIN-Studierende

Allein friedliche Ziele und nur zivile Zwecke Der Fakultätsrat hat eine Zivilklausel beschlossen

„Wir Europäer, wir Deutsche, wir müssen mehr tun für die eigene Sicherheit, wir müssen da mehr investieren“.

„Von der Leyen unterstützt Trumps Ruf nach Aufrüstung“, von der Leyen, FAZ, 16.2.2017.

„Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!“

Dann gibt es nur eins! Wolfgang Borchert, 1947.

Militärische Überlegenheit biete Sicherheit? Drohgebärden seien Mittel rationaler Politik? Krieg sei eine „ultima ratio“? – Soll denn aus der Geschichte nichts gelernt werden?

Nicht nur Herr Trump, sondern beispielsweise auch Frau von der Leyen (die sicherlich viel kultivierter ist) ist weit entfernt von zivilen Auffassungen. Für eine menschenwürdige Entwicklung der Welt müssen bessere Auffassungen ambitioniert vertreten werden.

Weil es auf die Zivilisationsentwicklung sehr ankommt, hat der Fakultätsrat der MIN-Fakultät über mehrere Sitzungen diskutiert, wie es gelingen kann, dass die Wissenschaften eindeutig zu einer friedlichen Entwicklung der Welt beitragen. Beraten wurde dafür die verbindliche zivile Ausrichtung bereits der Fragestellungen sowie der Anwendung aller wissenschaftlichen Praxis (Zivilklausel). Im Spannungsverhältnis zwischen einerseits der Verantwortung und erforderlichen Freiheit der Wissenschaft, die Würde des Menschen zu verwirklichen (Grundgesetz, Artikel I und V), und andererseits den Forderungen von Financiers, Auftraggebern und politischen Akteuren kamen dabei ganz unterschiedliche Auffassungen zu Tage.

Wenige fanden das Militärische in der Welt richtig. Ebenfalls wenige drangen darauf, dass auch nebulöse Aufträge anzunehmen nicht verpönt sein dürfe. Mehrheitlich wurde für eine Zivilklausel argumentiert, weil alle Frieden brauchen und man sich gegenseitig Klarheit verschaffen muß, um auch wirklich nur zu Friedlichem beizutragen. Beispielsweise vertrat ein Mitglied des Fakultätsrats, dass es angesichts der für die Entwicklung von Zielerfassungs-Software erforderlichen Eindeutigkeit der militärischen Forschungsfrage-

stellung schlicht um die Frage geht: Für wen arbeite ich? Möglicherweise gebe es auch Graubereiche, aber, bezugnehmend auf den Informatiker und Gesellschaftskritiker Joseph Weizenbaum, sollte man leicht unterscheidbares durchaus unterschiedlich behandeln. Ein anderer betonte, dass die Zivilklausel ein gemeinsamer Schutz vor ablehnswerten „Angeboten“ ist. Wiederum ein anderer legte seine Hoffnung dar, dass Wissenschaftler, statt vereinzelt von Auftraggebern über den Tisch gezogen zu werden, sich mit der Zivilklausel in der Hand mehr unter Kollegen über gemeinsame vernünftige Ambitionen verständigen. Am wichtigsten sei deshalb ausgehend von der Zivilklausel die Stärkung des Bewußtseins für die Problematik. Außerdem spielte eine Rolle, dass Forschungsergebnisse aktuell wesentlich profitgetrieben bzw. machtpolitisch motiviert verwertet werden. Die Wissenschaft solle daher selbst ein Faktor sein, gerade dies zu ändern. Der Beginn kann sein, dass die Beteiligten sich diesem Problem neu stellen. In diesem Sinne ist der Beginn gemacht.

Die Zivilklausel wurde mit elf Für-Stimmen, vier Gegenstimmen und einer Enthaltung in der Satzung der Fakultät verankert:

„Die MIN-Fakultät will allein zu friedlichen Zielen beitragen und nur zivile Zwecke erfüllen. Ihre Mitglieder richten deswegen Forschung und Entwicklung, Studium und Lehre auf zivile Fragestellungen und Anwendungen aus.“

Zivilklausel der MIN-Fakultät, beschlossen am 1.2.2017

Die zivile Entwicklung der Welt ist eine dauerhafte gemeinsame Aufgabe. So kann zum Beispiel auch beim Dies Academicus der MIN-Fakultät zur Studienreform Ende April beraten werden, wie sie in Studium und Lehre größeres Gewicht erlangt.

Bericht vom AK Zivilklausel Köln auf den Zivilklausel-Arbeitstreffen in Bremen am 25. und 26. Februar 2017.

Von Senta Pineau

Von der Gebührenfreiheit des Studiums zum AK Zivilklausel:

An der Uni Köln hat sich der AK Zivilklausel 2010 konstituiert. Es war nach jahrelangem Engagement (u.a mit Studiengebührenboykotten) gerade gelungen, in NRW die Gebührenfreiheit der Studiums neu zu erkämpfen. Dabei und dafür hatte die Auseinandersetzung mit dem UN-Sozialpakt große Bedeutung, der auch von Deutschland ratifiziert wurde und die Gebührenfreiheit des Studiums sehr prinzipiell begründet:

Artikel 13

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. Sie stimmen ferner überein, dass die Bildung es jedermann ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muss.

(2) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts

(...)

c) der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss;

Dass Wissenschaft und Bildung dazu beitragen könnten, die menschliche Persönlichkeit zu entfalten und Bedeutung erlangen für die Schaffung einer menschlichen, friedlichen Welt, das waren einfach menschlich und gesellschaftlich überzeugende, richtige und aufrichtende Ansprüche. Und ein bewegendes Kontra zur Behauptung des neoliberalen Leitbilds der „unternehmerischen Hochschule“, Sinn des Studiums sei Abschluß zu machen und sich als „Humankapital“ für den Arbeitsmarkt und die Konkurrenz fit zu machen und dabei und dafür jeden Dreck zu schlucken.

Diese neoliberale Politik konnte sich nur so weit durchsetzen wie es den Herrschenden gelungen ist, die „da unten“ – also unsereins - geschichtsvergessen, bescheiden und anspruchslos zu machen. Die Aneignung von Geschichtsbewußtsein und die Erweiterung menschlicher Entwicklungsansprüchen hat dagegen Sprengkraft.

Reaktion vs Emanzipation:

Zu Kölner Spezifik gehört: Die Uni Köln ist nicht gerade ein Hort der Aufklärung. Man kann sagen, seit fast 700 Jahren hat die Uni Köln eher eine traditionsreiche Sumpf-Geschichte von anti-emanzipatorischen Bestrebungen und Herrschaftsverteidigung. Kurz gefasst: Im Spätmittelalter ging es um die Verteidigung der römisch-katholischen Ordnung gegen die Reformations-Bewegung, ihre sozial-revolutionären Ambitionen und das Aufkommen einer neuen Epoche der Renaissance und Aufklärung. So kam an der Theologischen Fakultät das berühmte „Malleus Maleficarum“ zustande, ein Werk dass nicht nur die ideologischen Grundlagen für die mörderische Verfolgung sogenannter Hexen lieferte, sondern auch ein Handbuch zur Steigerung der Effizienz der Folter- und Scheiterhaufen-Praxis der Inquisition war. Der Ausgang der Geschichte: Mit dem Einzug der französischen Revolutionstruppen in Köln 1794 kam der Gnadenstoß für diese rückwärtsgewandte Institution, die dann

geschlossen wurde und erst 1919 neu eröffnet wurde.

Auch als Wiege der Restauration bringt sich die Uni Köln munter gegen die nach der Befreiung vom Faschismus um sich greifenden Ansprüche und Ambitionen auf eine zivile, demokratische und soziale Neuordnung der Gesellschaft und all ihrer Institutionen in Stellung. Der Lehrstuhl für Politikwissenschaft wurde von Heinrich Brüning übernommen, dem Kanzler der Weimarer Republik, der mitten in der Wirtschaftskrise von 1929 für die brachiale Senkung von Löhnen und Kürzung von staatlichen Leistungen zur Stärkung des Exports wirkte, und 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmte.

Gleichzeitig gründet 1950 Alfred Müller-Armack – neben Friedrich von Hayek der Vater des Ordoliberalismus – das Institut für Wirtschaftspolitik, das bis zur Krise von 2008 die ideologische Schmiede für die neoliberale Zurichtung blieb.

Nie Wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Als AK Zivilklausel haben wir umso mehr darauf gesetzt, in Gegnerschaft zu diesem Sumpf eine Kultur und Wissenschaft für den Frieden zu entwickeln und aus der Geschichte und dem Erbe der sozialen Kämpfe und einer humanistischen Kultur zu lernen und andere in diesem Sinne herauszufordern.

So haben wir zum Jahr der Befreiung von Faschismus die Ausstellung „Soldat Tolkatchev“ acht Wochen durch die Uni wandern lassen. Der sowjetische Soldat Tolkatchev hat die Befreiung von Majdanek und Auschwitz künstlerisch dokumentiert, und zeigt aufrüttelnd, dass der Widerstand für Menschenwürde auch in den KZ stattgefunden hat und daher immer eine Alternative ist. In Auschwitz griff Tolkatchev aus Papiermangel auf das Verwaltungspapier des Lagerhauptquartiers zurück. Darauf steht in großen schwarzen Buchstaben das Bündnis von Nazis und Großindustrie festgeschrieben: "I.G Farbenindustrie Aktiengesellschaft", "Kommandantur Konzentrationslager Auschwitz" sowie "Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien".

Das Schrecken und die unmenschliche Brutalität des Nazi-Regimes und seiner Profiteure wird in den Bilder eindrucksvoll mit der Widerständigkeit und Würde der überlebenden Lagerinsassen kontrastiert.



Zinovii Tolkatchev. „Rückkehr von der Arbeit.“
Rechts: Mut





Die Befreiung

Auch in diesem Sinne pflegen wir auf dem Hauptplatz der Uni seit vier Jahren eine Lesung anlässlich der Bücherverbrennung durch die Faschisten, die ebenso eine Ermutigung ist, sich neu gemeinsam in die Geschichte der Kämpfe um eine menschenwürdige Gesellschaft zu begeben.

Eine Aufgabe auch für die Wissenschaft: Die Verwirklichung von Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Und tatsächlich ist es 2014 gelungen, im Hochschulgesetz in NRW zu erkämpfen, dass die Hochschulen nicht mehr dem Wirtschaftsstandort verpflichtet sind, sondern zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit in der Welt beitragen sollen. Der Senat der Universität Köln hat sich aufgrund dieser Aktivitäten nach jahrelanger Ablehnung 2015 dafür ausgesprochen, dass die Universität im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung beiträgt und Ort lebenslangen Lernens sein will. Weiter: *„Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der Verständigung und Kooperation ein“* und entwickelt *„ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt“*.

Diese Maßstäbe sind für alle positiver Bezugspunkt und Ermutigung. Nun kommt es an der Exzellenz-Uni Köln darauf an, dass sich diesen Ansprüchen in Gegnerschaft zur nächsten Runde der Bewerbung zur Exzellenz-Uni weiter angenommen wird und sie verallgemeinert werden. Anders gefasst: Überzeugend, erforderlich und erfreulich im Zusammenwirken aller ist die Initiative für Frieden, nicht für Exzellenz, denn es geht um die umfassende Kultivierung und Humanisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch gemeinsamen, rationalen und kritischen Erkenntnisgewinn. Das ist Wissenschaft.

Die Verallgemeinerung dieser Ansprüche und Veränderungsambitionen verfolgen wir weiterhin u.a in folgenden Aktivitäten:

- Bei der Aufarbeitung der Geschichte der Universität hin auf das hundertjährige Jubiläum ihrer Neugründung. (Verstrickung mit der Familie Adenauer,

negativer Bruch von 1933, positive Brüche von 45, 68, Geschichte der Fächer und ihrer Verantwortung und Bedeutung für eine menschenwürdige Welt...)

- Für eine Renaissance internationaler Solidarität z. B. durch die Unterstützung der Wissenschaftler für den Frieden in der Türkei durch die Uni und der konkreten Solidarität mit dem Kölner Absolvent Sharo Garip, der seit Januar 2016 mit Ausreiseverbot in der Türkei fest sitzt, weil er die Petition der „Akademiker für den Frieden“ dort unterstützt hatte. Praktische Solidarität und eine Erweiterung von politischem Eingreifen bilden eine Einheit. So wurde in 3 Sitzungen des Senats die Lage in der Türkei beraten. Daraus folgten: Briefe der Unileitung an das Außenministeriums, die Beantragung eines Stipendiums für Sharo und eine neue Kultur der politischen Anteilnahme, die Kreise gezogen hat. Die von uns initiierten Solidaritätskampagne mit Sharo kann man übrigens nach wie vor hier unterstützen: www.solidaritaetsbrief.org
- Für Stellungnahmen der Uni-Gremien zur Abschaffung von Atomwaffen und ihren Abzug aus Büchel, was angesichts der aktuellen Konferenz der Vereinten Nationen und der negativen Rolle der Bundesregierung große Relevanz hat. Dabei: großes Engagement der Fachschaft Physik, die sich neu sehr gründlich auseinandersetzt mit der Verantwortung der Naturwissenschaft für Frieden und Abrüstung.
- Mit der Einführung der Friedensklausel ist auch erkämpft, dass die Drittmittelkooperationen einmal im Jahr veröffentlicht werden. Weil wir die Zivilklausel nicht als Kontroll-Klausel begreifen, sondern als Ermöglichungsklausel, überlegen wir zur Zeit wie im Zuge dessen auch einmal im Jahr die Projekte bekannt gegeben werden könnten, die beitragen zur Verwirklichung von „Demokratie, Frieden und Nachhaltigkeit in der Welt“ (Grundordnung der Uni). Die Universitätsleitung könnte also einmal im Jahr nicht nur abfragen, welche Drittmittelprojekte stattfinden sondern auch, welche Projekte in Wissenschaft und Lehre das Anliegen verfolgen, die Welt daraufhin zu reflektieren, dass wir sie demokratischer, friedlicher und nachhaltiger gestalten und dies ebenso zu veröffentlichen. Es wäre für alle eine Ermutigung, mit offenem Visier und souverän das zu verfolgen, was sie positiv bewegt. Also, daß überall die Menschen- und Friedenfreunde mehr aus der Deckung kommen.

Bericht aus dem AK Friedenswissenschaften Lüneburg

Thorben Peters am 23. April 2017

Zur Geschichte Lüneburgs: Handel, Krieg und das Streben nach Wissen

Lüneburg wandelte sich über die Jahrhunderte von einer Hanse- und Handelsstadt über eine Garnisons- und Gaustadt bis hin zu einer Universitätsstadt. Mit dem Niedergang des Salzhandels ging auch der Reichtum der Stadt zu Ende. Mit der Umwandlung zur Garnisonsstadt Ende des 19. Jhd. erhoffte man sich ökonomischen Aufschwung durch die neu ansässigen Soldaten durch die entstehende Nachfrage nach Waffen- und Ausrüstungsbetrieben sowie Gastronomie. Es folgte der Ausbau zweier Kasernen und die weltoffene und freie Hansestadt wandelte sich zu einem nationalen Standort für Militär und unterwarf sich dem Wilhelminischen Militarismus.

Nach der Machtergreifung Hitlers erhoffte man sich durch die Nazis einen weiteren Aufschwung der Stadt durch den Ausbau ihrer Garnisonen. Es folgten eine weitere Kaserne sowie ein Fliegerhorst und Lüneburg wurde zur Gauhauptstadt erklärt, von wo aus Deportationen und Sklavenarbeit während des 2. WK organisiert wurden. In der Kinderfachabteilung in der Psychiatrie Lüneburg wurden Kinder im Rahmen der „Kinder-Euthanasie“ getötet. Das hier ausgebildete Militär beteiligte sich an den Eroberungs- und Vernichtungszügen der Wehrmacht durch ganz Europa mit z.T. grausamsten Kriegsverbrechen. So beteiligte sich die 110. Infanteriedivision an dem Unternehmen Barbarossa und der Fliegerhorst an der Aufstellung der Legion Condor.

Am Abend des 4. Mai 1945 kapitulierte südlich der Stadt eine Delegation der Reichsregierung vor dem britischen Feldmarschall Montgomery. Die Stadt stand fortan unter britischer Besatzung. Am 23. Mai 1945 nahm sich Reichsführer der SS Heinrich Himmler in Lüneburg in britischer Gefangenschaft das Leben, indem er eine Zyankali-Kapsel zerbiss. Noch vor dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher begann in Lüneburg am 17. September 1945 der erste und im Jahre 2016 der letzte Kriegsverbrecher-Prozess.

Im Rahmen der Bundeswehrreform wurden nach Ende des Kalten Krieges 1990 zwei der drei Bundeswehr-Kasernen der Stadt geschlossen und die verbliebene verkleinert. Die Universität Lüneburg siedelte auf das Gelände der ehemaligen Scharnhorstkaserne um. Sie entwickelte sich aus den in den 1980er Jahren neu angelegten wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Fachbereichen und dem 1989 erfolgten Zusammenschluss mit der Pädagogischen Hochschule (PH). Seit ihrem Umzug auf das ehemalige Kasernengelände zog die Universität immer mehr Studenten an. Prägten das Stadtbild vorher noch vor allem Soldaten sowie ihre Angehörigen, wurden diese mehr und mehr durch Studierende aus der ganzen Welt abgelöst. Am 5. Oktober 2007 erfolgte eine Namensänderung von „Stadt Lüneburg“ zu „Hansestadt Lüneburg“ und somit eine Rückbesinnung auf ihre weltoffene Handels- und Bürgertradition. Die weiterhin betriebene Theodor-Körner Kaserne beheimatet das 3. Aufklärungsbataillon welches als Speerspitze in Auslandseinsätze gesendet wird, spielt aber im heutigen Stadtbild keine Rolle mehr.

Die Universität heute – Wissenschaft zwischen Warencharakter und Verantwortung

Mit dem Beginn einer zunehmenden Neoliberalisierung aller Gesellschaftsbereiche in den 1970er Jahren, gerieten nach und nach auch die Hochschulen in den Mittelpunkt einer Umgestaltung. Hochschulen wurden unter Anderem unterfinanziert um sich zueinander in den freien Wettbewerb um Drittmittel aus der Privatwirtschaft zu begeben. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, ist es kein Wunder, wenn Hochschulen zunehmend Arbeit und Geld in die Erarbeitung von Marktstrategien

und individuellen Profilen investieren. Gerade kleineren und mittelgroßen Universitäten bleibt in Konkurrenz zu größeren Hochschulen nur die Entwicklung von Alleinstellungsmerkmalen. Das 2006 gewählte neoliberale Reformpräsidium der Uni Lüneburgs hat diese an einer typischen mittelgroßen Universität schnell gefunden: ein neuer Name, pro bono entwickelt von der Werbeagentur Scholz & Friends, ein Studienmodell, welches sich als einzigartig und individuell verkaufen lässt, Hochglanzmarketing und ein ganz besonderes Leuchtturmprojekt innerhalb des Leuchtturmprojektes Leuphana: das Libeskind-Zentralgebäude. Diese neue Leuphana Universität sollte ein Modell sein für die unternehmerische Zurichtung einer Hochschule.

Die Reformprozesse des Präsidiums trafen auf großen Widerstand der Studierenden. So wollten diese sich nicht mit ihrem Studium den Arbeitsmarktbedürfnissen unterwerfen sondern forderten ihr Recht auf demokratisch organisierte und kostenfreie Bildung sowie einem Studium und einer Wissenschaft welche sich der gesellschaftlich friedlichen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Die Lüneburger Studierendenschaft schloss sich 2009 den Bildungsstreikprotesten an, besetzte Hörsäle gegen Studiengebühren, schaffte es, entgegen der neoliberalen Reformen, das Leitbild und das Studium der Universität mit gesellschaftlicher Verantwortung zu füllen, erwirkte seichte Demokratisierungen und erkämpfte im November 2013 eine Zivilklausel welche die Uni selbstverpflichtet im Sinne des Friedens zu wirken. Ausdruck dieser Kämpfe ist eine entgegen dem „Bravheitsdruck“ des Arbeitsmarktes geschaffene Gegenkultur von großem studentischen Engagement. So gibt es eine große Vielzahl an studentischen Initiativen, kulturellen Veranstaltungen und politischen Gruppierungen. So spielte die Lüneburger Studierendenschaft eine tragende Rolle in den Anti-Castor Protesten oder bei antifaschistischen Aktionen.

Arbeitskreis Friedenswissenschaft / AG Gedenkkultur

Mit den weltweit zunehmenden Kriegen im Jahre 2014 bildete sich 100 Jahre nach dem Beginn des ersten Weltkriegs in Lüneburg der **Arbeitskreis Friedenswissenschaften**. Dieser befasst sich seit der Gründung mit der Fragestellung, wie man die Selbstverpflichtung der Universität für den Frieden zu wirken mit Leben füllen kann. Aus der anfänglichen Ablehnung von Kriegsforschung wurde die Forderung an die Lehrenden mit ihrem Wirken für eine Verbesserung der Welt einzutreten. Aus diesem Appell entwickelten sich immer mehr eigene Initiativen, auf dem Campus eine Kultur des Friedens zu schaffen. Es entstanden mehr und mehr Veranstaltungen zu Kriegen und Konflikten, Aufrufe zu jährlichen Friedensdemonstrationen sowie eine immer tiefer gehende Auseinandersetzung mit der Geschichte und den damit verbundenen Mahnungen. So erwägt der Arbeitskreis Friedenswissenschaften derzeit, ob man zum Jahrestag der Bücherverbrennung einen jährlichen Lesemarathon „Verbrannter Bücher“ auf dem Campus etabliert. Trotz der großen und leicht zu erkennenden Notwendigkeit gegen die Kriege der Welt vorzugehen, bleibt die Beteiligung am Arbeitskreis bisher eher spärlich. Das fehlende Bewusstsein für die Möglichkeiten aus einer Universität heraus für internationalen Frieden beizutragen sowie die enge des Ba/Ma-Studiums erweisen sich nach wie vor als große Herausforderung in der Gewinnung neuer Mitglieder.

2016 entstand unter anderem aus dem Arbeitskreis eine **Arbeitsgruppe zur Lüneburger Gedenkkultur**. Ausgangspunkt war die Gedenkkultur der Stadt, welche umfassend der gefallenen Soldaten aus dem 2. WK gedenkt, nicht aber ihren Verbrechen, ihren Opfern oder gar denjenigen die Widerstand geleistet haben. Aus dem Bestreben heraus daraus eine antifaschistische Gedenkkultur zu machen, schlossen sich verschiedene Statusgruppen der Universität sowie verschiedene Akteure innerhalb der Stadt zusammen, wie etwa der AK Friedenswissenschaften, der AStA, Lehrende der Kulturfakultät, das Museum und der VVN-BdA, um die Geschichte Lüneburgs neu aufzuarbeiten mit dem Ziel ein Bewusstsein dafür zu schaffen und künstlerische Elemente auf dem Campus sowie in der Stadt zu schaffen, welche - lernend aus der Geschichte - vor Krieg und Faschismus mahnen. Seid Bestehen erweitern sich die Aktivität sowie der Bündniskreis kontinuierlich.

Bericht AK Friedenswissenschaft HAW Hamburg
 von Lutz Lorenz und Eric Recke

Die *Stadt Hamburg* ist als Ort des internationalen Waffenhandels mit einem großen Hafen ein zentrales Feld der Auseinandersetzung um eine menschenwürdige Entwicklung der Gesellschaft. Auf der einen Seite finden sich dort eine aufgeklärte Universität sowie das Erbe einer progressiven Arbeiterbewegung und humanistischer Bürger; auf der anderen Seite die Nachfolgeschaft der "Pfeffersäcke" – darunter einige Rüstungskonzerne wie Airbus, Siemens, ThyssenKrupp und IBM. Um die Stadt ausschließlich zu einem Ausgangspunkt von Frieden weltweit zu machen, engagieren sich das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, die DFG-VK, das Hamburger Bündnis für ein Deserteursdenkmal, die Initiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen und weitere Aktive der Friedensbewegung, wovon der AK Friedenswissenschaft an der HAW Hamburg ein Teil ist.

Die *HAW Hamburg* ist eine Fachhochschule mit über 16.000 Studierenden der Fächer: Maschinenbau und Produktion, Fahrzeug- und Flugzeugbau, Informatik, Elektrotechnik, Mechatronik, Soziale Arbeit, BWL, Pflege und Management, Public Management, Informations- und Medienwissenschaften, Design, Medientechnik, Biotechnologie, Umwelttechnik, Verfahrenstechnik, Medizintechnik, Wirtschaftsingenieurwesen, Gesundheitswissenschaften und Ökotoxikologie.

Zentrale Auseinandersetzungen werden zur Zeit – unter anderem von studentischer Seite – um eine höhere öffentliche Bildungsfinanzierung in, eine demokratischere Hochschule und eine emanzipatorische Studienreform in Opposition zu "Schuldenbremsen"-Diktat, "Unternehmerischer Hochschule" und Bachelor/Master geführt.

Seit September 2013 arbeitet der AK Friedenswissenschaft an der HAW und im November 2015 konnte die Einrichtung einer Zivilklausel erreicht werden. Maßgeblich dafür war das Engagement aus der Verfassten Studierendenschaft, aus der sich Studierende im Bündnis mit Friedensfreunden aus Personalrat, ver.di-Betriebsgruppe, Mitgliedern der Verwaltung und der Professorenschaft gegen die weltweite Aufrüstung und Kriegsprofitirerei für eine friedliche Entwicklung in Hochschule, Stadt und Welt einsetzten.

Vor diesem Hintergrund ist seit dem bundesweiten Zivilklauseltreffen im Oktober 2016 bis zum Treffen im Februar 2017 Folgendes unternommen worden:

- nach der Abwahl einer marketingorientierten und damit wirtschafts- und regierungsdevoten Präsidentin und eines konservativen Kanzlers wurde durch eine demokratische und an humanen Entwicklung der Welt orientierten Arbeit in der Findungskommission ein neuer Präsident gewählt, der sich als zukünftiger Präsident einer demokratischen Gruppenhochschule in gesellschaftlicher Verantwortung versteht
- im November konnte eine neue stadtweite Hamburger Friedensplattform gegründet werden
- das Studierendenparlament hat sich an den Maßstäben der Wahrheitsfindung und der demokratischen Meinungsbildung orientiert für die Durchführung einer stadtweiten Konferenz gegen G20 an der HAW ausgesprochen sowie einstimmig die Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte unterstützt.
- die Wahlen zum Studierendenparlament haben einen deutlichen Stimmenzuwachs für die friedenspolitisch Kandidierenden (welche insgesamt mehr waren) ergeben und die Wahlbeteiligung hat sich auf 9% verdoppelt